

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Der Ruck zum Faschismus

Nazi-Wahlen in Hessen

Die Weimarer Koalition erledigt / Schwarz und Braun die neue Kombination?

Die SAP erkämpft ihr erstes Mandat SPD verliert neun Mandate

Nach dem vorläufigen amtlich Gesamtergebnis der Wahl zum Hessischen Landtag erhielten (in Klammern sind mitgeteilt die Stimmenzahl von der letzten Reichstagswahl vom 14. September 1930 und die Mandatszahl des bisherigen Landtags):

Nationalsozialisten	291 189	(137 981)	27	(1)
Sozialdemokraten	168 299	(215 747)	15	(24)
Zentrum	112 440	(104 246)	10	(13)
Kommunisten	106 775	(84 513)	10	(4)
Landvolk	20 766	(57 575)	2	(9)
Deutsche Volkspartei	18 325	(49 929)	1	(7)
Christlichsoziale	16 712	(19 086)	1	(0)
Komm. Opposition	14 954	(0)	1	(2)
Deutschnationale	10 857	(11 902)	1	(3)
Staatspartei	10 793	(38 829)	1	(3)
Soz. Arbeiterpartei	8 177	(0)	1	(0)
Radikal-Demokraten	4 617	(0)	0	(2)
Volksrechtspartei	1 529	(4 702)	0	(2)

Hätten die einzelnen Parteien bei der Landtagswahl die gleiche Stimmenzahl erhalten wie die der Reichstagswahl, so wäre die Mandatsverteilung die folgende gewesen: Nazis 14, SPD 22, KPD 9, Zentrum 10, Staatspartei 3, Volksrechtspartei 5, Deutschnationale 1, Landbund 5, Christlichsoziale 1.

Die Wahl in Hessen zeigt das gleiche Bild wie all die Wahlen der letzten Zeit: Katastrophaler Verlust der bürgerlichen Mittelparteien, starker Verlust der Sozialdemokratie und starkes Anschwellen der Nazis. Das Anwachsen der Nazis ist in Hessen besonders stark, hier haben sie sich gegenüber der Reichstagswahl mehr als verdoppelt — obwohl von führenden hessischen Sozialdemokraten vor der Wahl verkündet wurde, daß in Hessen die „Braunen“ nicht viel zu ernten haben. Die Sozialdemokraten verlieren gegenüber der letzten Landtagswahl nicht weniger als neun Mandate, legen wir für die Mandatsverteilung zugrunde die Zahlen von der letzten Reichstagswahl, so überliert die Sozialdemokratie gegenüber dieser letzten Reichstagswahl sieben Mandate. An Stimmen verliert die Sozialdemokratie seit dem 14. September 1930 rund 47 000, von denen SAP, KPD und KPD rund 45 000 Stimmen aufgefangen haben. Der Verlust für die proletarischen Stimmen ist hier in Hessen, wo die SAP zum erstenmal in Erscheinung getreten ist, viel geringer als zum Beispiel in Mecklenburg und in Anhalt, wo große Teile der sozialdemokratischen Stimmen verloren gingen.

In Hessen hat sich die notwendige Wirkung der SAP bereits im kleinen gezeigt; es ist der Anfang gemacht zu der Bewegung, die die enttäuschten Proletarier sammelt und den Damm aufrichtet gegen die in Hessen wieder so stark in Erscheinung getretene faschistische Bewegung. Die KPD, die hier rund 15 000 Stimmen bekam, nimmt in Hessen eine Sonderstellung ein; sie hatte jetzt bereits zwei Mandate im hessischen Landtag; sie hat im Gegensatz zu der Stellung im Reiche sich im Offenbacher Gebiet eine Parteiorganisation mit Wochenblatt geschaffen und verbucht den Wahlausgang auf ganz besondere örtliche und persönliche Verhältnisse. Das geht insbesondere daraus hervor, daß von den 15 000 Stimmen der KPD über 9000 allein in der Stadt Offenbach abgegeben wurden, daß dazu noch ein erheblicher Teil aus dem Kreis Offenbach kommt, in dem der KPD-Führer Galm wirkt.

Die Weimarer Koalition, die bisher in Hessen mit starker Mehrheit regierte, ist vollkommen geschlagen; sie bekommt nur noch 26 Mandate von 70.

Ein Anfang Zum Ergebnis der hessischen Landtagswahl

Von Max Seydewitz

Die Sozialistische Arbeiter-Partei, die bei der hessischen Landtagswahl am Sonntag zum erstenmal aufgetreten ist, hat bei dieser Landtagswahl das erste Mandat erobert. Die vor wenigen Wochen erst gegründete Sozialistische Arbeiter-Partei wird im neuen hessischen Landtag ebenso stark vertreten sein wie die alten, einst so großen bürgerlichen Parteien, wie z. B. die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Staatspartei, die Christlich-Sozialen, die alle nur mit je einem Mandat in den Landtag zurückkehren.

Die Beteiligung der Sozialistischen Arbeiter-Partei an der hessischen Landtagswahl war ein großes Wagnis für uns, die wir vier Wochen nach der Reichsgründungskonferenz den Kampf aufnahmen ohne Organisation, ohne Geld und ohne Presse. Ungefähr ein halbes Dutzend Ortsgruppen hatten wir in ganz Hessen, als der Kampf begann, und wir alle haben diese schnelle vollkommene unvorbereitete Beteiligung der jungen Partei an dieser Wahl betrachtet nur als eine Möglichkeit, an die durch den Wahlkampf in Bewegung gesetzten Massen heranzukommen und die Grundlage zu schaffen für die Organisation, die Fundament ist für die kommenden Kämpfe. Dieses Ziel ist erfreulicherweise in starkem Maße erreicht worden; überall, wo wir mit unseren Versammlungen hinkamen, haben wir ein offenes Ohr bei den Massen gefunden, und in mindestens 50 Orten ist es gelungen, Ortsgruppen oder die festen Fundamente dafür zu schaffen. In den Orten, wo zuerst Ortsgruppen in wenigstens drei Wochen bis Aufstellung für die neue Partei geschaffen werden konnten, sind die Ergebnisse schon beachtlich. Mainz bringt 1700 Stimmen für die SAP, Offenbach fast 1000.

Wenn unsere hessischen Genossen jetzt die in diesem Wahlkampf geleistete Arbeit energisch und umsichtig ausnützen, dann wird dort in ganz kurzer Zeit eine schlagkräftige Organisation stehen, die schon bei dem nächsten Kampfe die für uns abzugebenden Stimmen vervielfachen wird. Die am Sonntag in Hessen für die SAP gestimmt haben, das sind die innerlich schon ganz fest mit uns verbundenen werdenden Mitglieder der werdenden Massenpartei, die in ihre Gefolgschaft weitere Zehntausende zwingen werden.

Uns wäre lieber gewesen, wenn wir den ersten Wahlkampf für die SAP nicht gerade in Hessen auszufechten gehabt hätten, sondern in einem anderen Gebiet Deutschlands, in dem unsere Partei von Anfang an viel stärker in Erscheinung getreten ist, als in der alten revisionistischen Hochburg. Auch aus diesem Grunde war die Wahlbeteiligung in Hessen für uns ein besonderes Wagnis; Hessen ist schon wegen seiner ökonomischen Situation ein für unsere Bewegung ungünstigeres Gebiet, und außerdem ist gerade hier in dem von dem Führer des

Fünf Minuten vor zwölf!

Das Blut in Lübeck und Eutin

Blaue Bohnen und Gefängnis stillen den Hunger der Verzweifelten nicht!
Lübeck, 14. November 1931

Am Donnerstagmittag wurde, wie bereits kurz gemeldet, unter den Lübecker Arkaden der 50jährige kommunistische Arbeiter Schütt von der Polizei erschossen. Erwerbslose, die von einer Versammlung kamen, zogen mit Rufen durch die Stadt. Zwei Sipos wollten einen der Arbeiter verhaften. Dabei entstand ein Tumult, die Sipos wurden niedergeschlagen; als der eine von ihnen wieder hoch kam, feuerte er zweimal in die Menge. Schütt war sofort tot. Zur Schuldfrage ist zu sagen, daß zwei Beamte sich unbedingt klar sein mußten, daß sie nicht 200 erbitterte Erwerbslose zum Schweigen zwingen konnten. Ueberdies aber sollten die Hüter des kapitalistischen Systems froh sein, wenn die erbitterten Arbeiter nur rufen und nicht in ihrer maßlosen Verzweiflung ganz etwas anders tun. Es dürfte bald klar werden, daß

blaue Bohnen nicht den Hunger stillen.

Die Arbeiterschaft ist stark beunruhigt. Sie geht auf die Straße. Aber noch an einer anderen Stelle wird gekämpft: im Gerichtssaal. Am Donnerstag wurde ein Schutzbundgenosse und SAP-Funktionär zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am Freitag bekamen zwei Arbeiter je sechs Monate wegen einer von Nazis provozierten Rauferei. — Die Arbeiter haben bekanntlich immer schuld.

Am Freitagabend fiel schließlich noch ein Urteil des Ausnahmerichters gegen zehn Reichsbannerleute, die alle sechs bis neun Monate bekamen. Das war der erste Schub. Einige Dutzend andere werden am Sonnabend folgen. Es handelt sich dabei um Eutin.

Was war in Eutin? Am Montagabend kam es in diesem Nazineist des oldenburgischen Landesteils Lübeck zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Reichsbannerleuten. Viele

Verletzte, ein SA-Mann tot. Die Nazis hatten ihren Angriff teuer bezahlen müssen. Aber seit Montag herrscht in Eutin der braune Pöbel des Dritten Reiches. Aus vielen Orten des angrenzenden Schleswig-Holstein wurden die SA- und SS-Truppen zusammengezogen, ohne daß die Polizei einschritt. Arbeiter konnten sich nicht auf der Straße sehen lassen. Der Konsumlagerhalter floh nach Lübeck, weil er seines Lebens nicht mehr sicher war. Die Banden schlugen aber die Arbeiter nicht nur auf der Straße nieder,

sie drangen in die Häuser ein

und hausten nach Braunschweiger Art. Die Arbeiterschaft forderte von der Regierung Schutz; die Staatsgewalt, die bekanntlich „vom Volke ausgeht“, erklärte, sie könne das Volk nicht schützen...

Da blieb nur die Selbsthilfe übrig. Und die Arbeiter, die zu Rad nach Eutin fuhren, um ihren Klassengenossen beizustehen, wurden nun vor den Kadi geschleppt. Einer nach dem andern wandert ins Gefängnis.

Die Unruhe wächst, die Arbeiter merken, daß es fünf Minuten vor Zwölf ist.

Blut in Oberschlesien

Gleitwitz, 15. November.

In der Nacht zum Sonntag kam es in einer Gastwirtschaft in Sersno bei Gleitwitz zu einer Schlägerei, bei der ein Arbeiter durch einen Stockhieb schwer verletzt wurde. Das alarmierte Ueberfallkommando aus Gleitwitz ging mit Schüssen gegen die großenteils kommunistischen Arbeiter vor, die sich mit Steinschlägern zur Wehr setzten. Ein 19jähriger Tischlerlehrling wurde von den Schüssen der Polizei verletzt. Zwei Arbeiter wurden festgenommen.

Diskontsenkung in Oesterreich. Der Generalrat der österreichischen Nationalbank beschloß die Herabsetzung des Zinsfußes, der seit dem 22. Juli 1931 auf 8 v. H.

Klagges gerettet

Erfolgreiche Tolerierung der Nazis durch die SPD

Braunschweig, 15. November.

Der von den Kommunisten eingeleitete und von der SAP unterstützte Volksentscheid zur Auflösung des Braunschweiger Landtages hat die nötige Stimmenzahl nicht erreicht. Da die Zahl der Wahlberechtigten 352 724 beträgt, hätten zum Erfolg 176 363 Stimmen abgegeben werden müssen, während tatsächlich nur 41 289 Ja-Stimmen erzielt wurden. Das Volksbegehren hatte 36 079 Stimmen gebracht. Es ist dies ein neuer Beweis für die Richtigkeit der von der SAP vertretenen Anschauung, daß die Arbeiterklasse heute die entscheidenden Kämpfe nicht auf parlamentarischem Boden auszufechten hat.

Im übrigen kann die SPD stolz sein, daß sie durch ihre Parole, nicht am Volksentscheid teilzunehmen, die Nazi-Regierung in Braunschweig gerettet hat. Weiter als bis zu Hitler und Klagges läßt sich das Tolerieren ja wohl nicht treiben.

Eine Frage und eine Antwort

Breitscheid richtete am Sonnabend in einer Darmstädter Wählerversammlung an die Reichsregierung die Frage, ob sie gewillt sei, den Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror aufzunehmen. Das bereits vorliegende halbe Bündnisangebot des Zentrums an die Nazis in Hessen ist die deutliche Antwort darauf.

Getötet im Wahlkampf

Viernheim (Starkenburger), 15. November 1931.

Zwischen Anhängern der KPD und Polizei ist es hier in der vergangenen Nacht zu einem Zusammenstoß gekommen, bei dem ein Polizeibeamter durch einen Stich in das Herz getötet wurde. Der Täter wurde von einem anderen Polizeibeamten durch zwei Schüsse kampfunfähig gemacht.

Reformismus, von Eduard David, jahrzehntlang bearbeiteten Gebiet der Reformismus noch eine weit verbreitete, tiefwurzelnde Untugend. In Hessen haben die revolutionären Strömungen immer schwer Fuß fassen können. In Hessen hat z. B. die USP bei der Nationalversammlungswahl 9000 Stimmen aufgebracht, und bei der Reichstagswahl 1921, bei der im gesamten Reichsmaßstab gesehen die USP fast ebensoviel Stimmen aufbrachte als die SPD, stand in Hessen 174 213 sozialdemokratische Stimmen nur 20 186 USP-Stimmen gegenüber.

Trotz der ungünstigen Voraussetzungen haben wir den Kampf gewagt und haben, obwohl wir 11 Tage vor der Wahl noch keine richtige Organisation hatten, in diesem Wahlkampf ungefähr 200 öffentliche Wählerversammlungen abgehalten, in denen wir unsere Gedanken und Ideen an die Massen brachten. Die damit zusammenhängende Arbeit konnte nur geleistet werden, weil die wenigen am Anfang vorhandenen Parteigenossen buchstäblich Tag und Nacht gearbeitet haben, mit einem Eifer und mit einer Begeisterung, die wir in der SPD lange schon nicht mehr gekannt haben und die über jedes Lob erhaben ist. Das ist uns das beste Ergebnis dieses Hals über Kopf improvisierten Wahlkampfes: Mit den Menschen, die in Feuer dieses Kampfes trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Widerstände unerschütterlich ohne die geringste materielle Gegenleistung und unter größten persönlichen Opfern wirkten und wühlten, werden wir die neue, sozialistische und revolutionäre Bewegung durchsetzen; mit diesen Menschen werden wir durch die beispielgebende Tat den Massen den Glauben an den Sozialismus wiedergeben und die große proletarische Massenbewegung schaffen, die den Damm aufrichtet gegen die in Hessen noch so stark angeschwollene faschistische Bewegung.

In Hessen hatte die SAP unter den ungünstigsten Voraussetzungen auf einem für sie ungünstigen Kampfgebiet die erste Feuerprobe zu bestehen. Sie hat diese Feuerprobe bestanden, der Anfang ist gemacht, das erste parlamentarische Mandat ist erkämpft, und auf der Grundlage der im hessischen Wahlkampf geschaffenen Kampforganisation muß jetzt mit Feuereifer weitergearbeitet werden für die kommenden Kämpfe. Es gibt jetzt kein Ausruhen und kein Stillstehen, es muß mit verstärkter Kraft unermüdlich geschaff werden an dem Ausbau der Sozialistischen Arbeiterpartei, von der ausfließen muß in die Massen der neue Kraftstrom zur Überwindung von Faschismus und Kapitalismus. Die Zeit, die uns zur Erreichung dieses Zieles zur Verfügung steht, ist kurz, wir dürfen keine Minute ungenützt verstreichen lassen.

Um die Führung des Bürgertums Nazi und Zentrum im Schatten der Hessenwahl

Das nationalsozialistische „Frankfurter Volksblatt“ äußert sich zu den hessischen Wahlergebnissen folgendermaßen:

„Nach allem dürfte das Zentrum nunmehr endgültig vor die Frage gestellt werden, ob es mit der „Koalition der Gottesleugner“ brechen will oder ob es, wie es die ganzen Jahre behauptet hat, mit aufrichtigen nationalen Politikern zusammenarbeiten und sich jenen Vorschriften beugen will, die von diesen aus rein formalen, dann aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gemacht werden müssen. Das hessische Wahlergebnis zeigt klar und deutlich, daß die Nationalsozialisten unaufhörlich im Vormarsch auf die marxistischen Hochburgen sind. Für diese Entwicklung ist kennzeichnend, daß sowohl in den Städten, wie auch auf dem flachen Lande die Sozialdemokraten zu einem guten Teil durch die Nationalsozialisten erheblich geschwächt wurden. Abschließend kann man sagen, daß die hessischen Landtagswahlen im Rahmen der gesamtdeutschen Reichspolitik tatsächlich jene Schlüsselstellung einnehmen, die man ihnen in Deutschland und darüber hinaus vor der Wahl unterstellt hat.“

In Wahrheit ist die parlamentarische Schlüsselstellung nach der Hessenwahl fester denn je in den Händen des Zentrums, während im Zentrum durch diese Wahl das Streben, an die Seite des Nationalsozialismus zu rücken, eine neue erhebliche Stärkung erfahren hat. Daß dabei aber das Zentrum seiner Machtstellung sich bewußt bleibt, zeigt die folgende, offenbar aus der Umgebung des Reichskanzlers stammende TU-Meldung:

„In der Regierung nahestehenden Kreisen wird die Bedeutung der Landtagswahlen in Hessen, durch die die nationalsozialistische Partei mit Abstand zur größten Partei wurde, nicht verkannt. Man ist der Ansicht, daß es nach Lage der Dinge nunmehr an dem hessischen Zentrum liege, den einzuschlagenden Weg zu finden, wobei man in Zentrumskreisen darauf hinweist, daß sich in dem großen Umbildungsprozeß der Wählermassen das Zentrum als ein Block der Mitte erwiesen habe, der bei den Hessenwahlen sogar noch habe verstärkt werden können. Es schälten sich also drei große Blocks heraus, der marxistische, der Zentrumsblock und der nationalsozialistische Block, der auf Kosten der bisherigen Mittelparteien immer noch weiter zunehmen scheint. Ob das hessische Zentrum aus der gegenwärtigen Lage die Folgerung ziehe, nun-

mehr ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu versuchen, ließe sich von Berlin aus natürlich nicht bestimmen. Was die Verhältnisse im Reich angeht, so müßten hinter der Außenpolitik in dem gegenwärtigen Augenblick größter und die deutsche Zukunft bestimmender Entscheidungen alle Koalitionsgespräche zurücktreten, da langwierige, innerpolitische Verhandlungen die gegenwärtigen außenpolitischen Notwendigkeiten nur gefährden könnten.“

Der Krieg geht weiter

Schlacht am Nonni-Fluß

Mukden, 15. November.

Der Kommandeur der japanischen Truppen hat unter Einsetzung von Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Flugzeugen in der Nähe des Nonni-Flusses heute früh die chinesischen Truppen angegriffen, um einer chinesischen Kavalleriedivision zu begegnen. Im Verlaufe des Gefechts schlugen die Japaner 4000 Mann chinesische Kavallerie in die Flucht und besetzten das Dorf Tschienhuanti nordöstlich der Nonni-Eisenbahnbrücke. Die Verluste auf beiden Seiten sind nicht bekannt.

Am Freitag landeten in Mukden 28 schwere Bombenflugzeuge, die aus Japan kamen. Die Maschinen flogen Sonnabend nach Tschangschun und Taonan. Russische Meldungen wollen wissen, daß Japan über 100 Bombenflugzeuge in der Mandschurei unterhält.

Die japanische „Volksseele kocht“

Tokio, 14. November.

Eine von der Settsur- und der Minseitopartei sowie 15 Organisationen einberufene Massenversammlung von 50 000 Personen befaßte sich mit dem mandschurischen Konflikt. In einer Entschliebung wird der Völkerbundsrat aufgefordert, seine frühere Haltung zu revidieren und eine Lösung des mandschurischen Streites durch direkte Verhandlungen zwischen Japan und China zu suchen. Die Entschliebung fordert, daß jeder Einmischung und jedem Druck von außen Widerstand entgegenzusetzen sei und daß die japanischen Truppen in der Mandschurei und Nordchina angesichts der kritischen Lage in Tientsin und Tsitsikar zu verstärken seien. Die Entschliebung wird an Präsident Hoover, an Briand und andere Persönlichkeiten gedruckt werden.

Täglich besuchen Tausende von Japanern den heiligen Meiji-Schrein, um für einen erfolgreichen Ausgang der nationalen Krisis zu beten.

Mit der einen Hand also lockt das Zentrum die Nationalsozialisten bereits, mit der anderen aber zieht es den Zügel an, um zu zeigen, wo die parlamentarische Macht tatsächlich liegt. Eine neue Phase im Kampf um die politische Führung der Bourgeoisie. Aber je fester diese Front wird, um so notwendiger wird es für das Proletariat, sich zum entscheidenden Kampf unter revolutionärer Führung fest zusammenzuschließen.

Die Kaiser-Komödie

Moskau (über Kowno), 15. November.

Nach einer russischen Meldung aus Dairen ist der frühere chinesische Kaiser Puyi dort eingetroffen und wird noch am Sonntag in einem Sonderzug, der ihm von der südmandschurischen Bahn zur Verfügung gestellt worden sei, nach Mukden weiterreisen. Der Kaiser habe sich mit dem General Tschanghaipen in Verbindung gesetzt, der gewillt sei, die monarchistische Bewegung zu unterstützen.

Wie aus Nanking gemeldet wird, erklärte Tschangkaikschek in einer Studentenversammlung, daß die Wiederherstellung der Monarchie in China ein politischer Unsinn sei. Die Regierung in Nanking werde eine auf dieses Ziel gerichtete Bewegung mit allen Mitteln bekämpfen.

Charakteristisch für die Situation gerade auch im Hinblick auf die am Montag begonnene Sitzung des Völkerbundsrats ist die Haltung der Presse in den verschiedenen am Mandschurei-Konflikt interessierten Mächte. Die französischen maßgeblichen Zeitungen, vor allem aber auch die englischen erklären übereinstimmend, daß der Völkerbund sich lächerlich machen würde, wenn er versuchte, wirtschaftlichen Druck auf Japan auszuüben. Die englische Presse erklärt weiter, daß Großbritannien gar nicht daran denke, den britischen Botschafter aus Japan zurückzuziehen. Der arme Völkerbund wird — das kann man jetzt schon sagen — demnach die Rolle des Greises auf dem Dache spielen, der sich nicht zu helfen weiß. Aber das liegt nicht an der Institution als solche, sondern an den Kräften, die sie beherrschen, an den inneren Machtverhältnissen in den Staaten, die dieser Gesellschaft der Nationen bilden. Der Kampf um den Sozialismus ist also zugleich ein Kampf um den Frieden.

Minister die vor den Staatsgerichtshof gehören

Wofür Preußen Geld hat

Für die Hungernden reicht's nicht — aber für eine attische Statue

Die attische Statue hat zwei Millionen Reichsmark gekostet und wurde für diesen Preis vom preußischen Staate im Jahre 1926 erworben. 1½ Millionen zahlte der preußische Fiskus aus der eigenen Tasche, ½ Million stellte der damalige Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Böß, aus „Spenden“ von Lieferanten der Stadt zur Verfügung, die er, wie es jetzt im Sklarek-Prozeß heißt, „zusammengeschnorrt“ haben soll. Ganz abgesehen davon, daß man nicht mehr von „schnorren“ reden kann, wenn der höchste Funktionär eines Gemeinwesens von mehr als 4 Millionen Menschen den städtischen Lieferanten zu verstehen gibt, daß sie nur dann auf Aufträge zu rechnen hätten, wenn sie „Spenden“ gäben, sondern daß hier ein ganz anderer Begriff in Frage kommt; ganz abgesehen davon, daß es keinen Zweck gibt (auch nicht den des Erwerbes einer attischen Statue!), der die Anwendung solcher Methoden gestattet, wird außerhalb des großen Schwurgerichtssaales in Moabit die Frage, wie jene Statue erworben wurde, erheblich weniger interessieren als die erschütternde Tatsache, daß der Erwerb eines Kunstwerks zum Preise von 2 Millionen Mark überhaupt möglich war.

Wenn reiche und blühende Staaten, nachdem die Wohlfahrtsaufgaben gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung restlos und reichlich erfüllt worden sind, ihre öffentlichen Kunstsammlungen durch den Ankauf ganz besonders kostbarer Stücke vergrößern, so wird dagegen gewiß nichts einzuwenden sein, aber man scheint offenbar in der gegenwärtigen Notzeit völlig vergessen zu haben, wie die wirtschaftliche Lage Preußens im Jahre 1926 war.

Im Jahre 1926 bildeten diejenigen Beträge, die Preußen im Wege des Finanzausgleichs vom Reiche erhielt, den Hauptteil seiner Einnahmen. Da das Reich aber seinerseits unter den Bedingungen des damals in Kraft befindlichen Dawes-Abkommens wirtschaftlich schwer zu leiden hatte, war es eine ganz selbstverständliche moralische Pflicht der Einzelstaaten, jede überflüssige Ausgabe zu vermeiden, um das Reich beim Finanzausgleich in so geringem Maße wie nur irgend möglich in Anspruch zu nehmen, weil doch jede Mehrinanspruchnahme das Reich wiederum gezwungen hätte,

der Bevölkerung weitere Steuerlasten aufzuerlegen.

Und wie sah es 1926 im preußischen Staate

man ihr Verhalten in mancher Hinsicht mit der Handlungsweise von Schuldnern vergleicht, die sich durch „übermäßigen Aufwand“ des Bankrotts im Sinne des § 240 Ziffer 1 der Konkursordnung schuldig gemacht haben, wobei darauf hingewiesen werden muß, daß z. B. die Direktoren von Aktiengesellschaften auch dann als Bankrotteure zu bestrafen sind, wenn sie die übermäßigen Summen nicht für persönlichen Aufwand, sondern für Firmenaufwand verbraucht haben.

Wenn es nun auch nicht möglich ist, die Herren Braun, Höpker-Aschoff und Becker als Bankrotteure unter Anklage zu stellen, weil nicht alle Tatbestandsmerkmale des § 240 Ziffer 1 KO erfüllt worden sind, so müßte doch zumindest im Namen aller der vielen Hunderttausende, die in Preußen nicht erst 1931 zu darben anfangen, sondern schon 1926 Mangel litten, gefordert werden, daß diese drei Minister, die im Jahre 1926 2 Millionen für den Erwerb einer Statue übrig hatten, wegen

positiver Verletzung der durch den Amtseid übernommenen Pflichten

vor den Staatsgerichtshof gestellt werden, und dieser müßte wiederum zu einem Schuldspruch kommen, da man doch nicht annehmen kann, daß die genannten drei Herren etwa von so beschränktem Verstande gewesen seien, daß sie auf diese Weise ernstlich „die Wohlfahrt des Landes und der Bevölkerung“ zu fördern glaubten!

Herr Gustav Böß, der hierbei nur Handlangerdienste tat, ist deswegen nicht weniger schuldig. Ganz abgesehen davon, daß die Art, wie er „Spenden“ aus den Lieferanten „herausholte“, mehr als beschämend ist und dem Generalstaatsanwalt hoffentlich Anlaß zu rücksichtslosem Vorgehen geben wird, wäre er auch selbst dann nicht entschuldbar, wenn die 500 000 M., die er zum Erwerbe der attischen Statue beigezweckt hatte, nicht durch ein „Druckverfahren“ aus den Lieferanten „herausgepreßt“ worden wären, sondern wenn es sich wirklich um freiwillige Spenden gehandelt hätte. Selbst dann wäre es Suche eines pflicht- und verantwortungsbewußten Stadtoberhauptes gewesen, die betreffenden Stifter darauf hinzuweisen, daß es

noch so unendlich viel Not und Elend in Berlin gebe, dessen Linderung viel nötiger sei als der Erwerb einer — attischen Statue;

er hätte seinen ganzen Einfluß darauf verwenden müssen, um den Spendern klar zu machen, daß kein Staat und keine Kommune ein Recht hat, Kunstwerke aus dem Altertum zu erwerben, solange es Volksgenossen der Gegenwart gibt, die hungern und frieren, keine Arbeit haben und in Behausungen wohnen, die nicht mehr als menschenwürdig angesehen werden können.

Selbst wenn es sich um wirkliche Spenden gehandelt hätte, dürfte Herr Böß sie nicht zu diesem Zwecke annehmen, weil er sich hätte sagen müssen, daß er die Wohltätigkeitsfonds reicher Leute nicht für irgendeinen anobistischen Kunstfimmel erschöpfen, sondern sie sich für Fälle wirklichen Notbedarfs offen halten müsse. Aber es waren ja, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, nichts weniger als freiwillige Spenden, und wenn das Ganze nicht so unendlich traurig und beschämend wäre, so müßte man darüber lächeln, daß um eines solchen Zweckes willen solche Mittel in Anwendung gebracht wurden!

Aber nun Scherz beiseite! Der Fall Böß darf nicht mit jenem eugelsmiden Urteil des Obergerichtspräsidenten sein Ende haben. Der Gedanke, daß dieser Mann, der die Stadt wirtschaftlich und moralisch aufs schwerste geschädigt hat, weiterhin 28 000 M. Jahrespension bekommen soll, muß für jeden gerecht empfindenden und außerhalb des Klüngels Böß-Merten-Rosenthal stehenden Menschen, ganz gleichgültig welcher politischen Richtung, unerträglich sein. Der Fall Sklarek deckt eine Fülle von neuen Tatsachen auf, die in dem früheren Verfahren noch nicht zur Sprache gekommen waren; Tatsachen, gegenüber denen die recht milde beurteilten Pelz-Affären mehr als harmlos erscheinen.

Es ist Zeit, daß bei Herrn Böß, um Herrn Böß und über Herrn Böß mit eisernem Besen ausgekehrt wird! D- Werner Arendt.

Im Namen des Friedensbringers?

Waffen in spanischen Kirchen

Madrid, 16. November.

Bei der Durchsuchung einer Kirche nach Waffen wurden sechs Gewehre und 400 Patronen gefunden. Der Gemeindegeistliche erklärte, er habe gewußt, daß Waffen vorhanden gewesen seien. Es habe sich hierbei um eine Vorsichtsmaßnahme gegen mögliche Angriffe gehandelt. Die in der Kirche festgenommenen Personen, so sagte der Geistliche weiter aus, seien Katholiken, die abwechselnd in der Kirche Wache hielten, um sie gegen Attentate zu schützen. Die Frage, ob der Bischof von diesen Maßnahmen unterrichtet sei, verneinte der Geistliche. Er erklärte aber, in vielen spanischen Kirchen seien ähnliche Maßnahmen getroffen.

Monarchistisches Komplott

Madrid, 15. November.

Die Zahl der gestern und vorgestern unter dem Verdacht eines monarchistischen Komplotts verhafteten Personen beläuft sich auf 18. Unter ihnen befinden sich drei Mitglieder des Adels. Weitere Verhaftungen sollen sowohl in Madrid als auch in der Provinz zu erwarten sein.

Ganz wie bei uns

Wer da hat, dem wird gegeben.

Bukarest, 15. November.

Die Parlamentssession ist heute feierlich eröffnet worden. Da der König erkrankt ist, wurde die Botschaft zur Parlamentsöffnung vom Präsidenten des Ministerrats Jorga verlesen. In dieser Botschaft wird u. a. der Wunsch ausgedrückt, daß die Aufgabe der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft von allen politischen Parteien unterstützt werde. Um allen denjenigen zu helfen, die von den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen besonders hart betroffen sind, wird in der Botschaft ein Plan über die Konvertierung der landwirtschaftlichen Schulden, über die Errichtung einer Amortisationskasse und die Emission von Industrieobligationen angekündigt, die die Lasten der Großindustrie vermindern soll.

Ob das der Grund ist? Schweinediebstähle, die sich in jüngster Zeit in Portugiesisch-Guinea ereigneten, haben dort zu ersten Zusammenschüssen zwischen Eingeborenenstämmen geführt, die 100 Personen das Leben gekostet haben sollen. Um eine Ausbreitung der Unruhen zu vermeiden, hat der Gouverneur der Kolonie 4000 Eingeborene internieren lassen.

Calmette über Lübeck

Im nächsten Heft von Reclams Universum wird ein Interview Prof. Calmettes erscheinen, das der bekannte Gelehrte einem Sonderberichterstatter der Wochenschrift über den im Lübecker Tuberkuloseprozeß behandelten Fragenkomplex gewährte. Es ist das einzige, das Calmette in dieser Sache gegeben hat.

Die Frage, warum er nicht selbst nach Lübeck gekommen sei, beantwortete Prof. Calmette mit dem Hinweis, daß ihn hierzu zweierlei Gründe veranlaßt hätten. Einmal habe er als Erfinder und gleichzeitiger Hersteller des Impfstoffes sich nicht in Diskussionen einmischen wollen, da er ja logischerweise von der Harmlosigkeit seines Präparats überzeugt gewesen sei. Ferner habe er den Zweck seiner Anwesenheit in Lübeck nicht einsehen können, da ja gleich zu Beginn des Prozesses festgestellt worden sei, daß seine dem Lübecker Krankenhaus eingesandten BCG (Bazillus Calmette-Guérin)-Kulturen vollkommen rein gewesen seien. Für ihn und für viele andere stehe einwandfrei fest, daß das BCG erst im Lübecker Krankenhaus, und an keiner anderen Stelle,

mit virulenten Bazillen des Typus humanus verunreinigt worden sei.

Bereits vor Monaten habe er aber in einem Schreiben an den Präsidenten des Lübecker Senats darauf hingewiesen, daß die Verantwortlichkeit Prof. Deyckes wesentlich dadurch vermindert werde, daß eben das Laboratorium des Lübecker Krankenhauses ungenügend ausgerüstet und daher für die Herstellung des BCG-Impfstoffes einfach nicht geeignet gewesen sei. Ueber rein biologische Fragen, wie z. B. darüber, ob das Lübecker Unglück auf ein plötzliches Virulentwerden des BCG zurückzuführen sei, zu urteilen, dazu sei das Gericht gar nicht befugt.

Zu der im Lübecker Prozeß aufgestellten Behauptung, daß sich auch in Bulgarien ein größerer Unglücksfall mit dem Calmette-Präparat zugetragen habe, erklärte der Gelehrte, das sei eine armselig erfundene Lüge. Bisher seien über eine Million Kinder, und davon allein in Frankreich 400 000, mit dem BCG geimpft worden, ohne daß auch nur ein Unglücksfall eingetreten sei oder eine plötzliche Rückkehr der Virulenz habe festgestellt werden können.

In einem weiteren Heft Reclams Universum wird Prof. Hans Much, medizinischer Sachverständiger im Lübecker Prozeß, ebenfalls das Wort zu dem Fall ergreifen. Der deutsche Gelehrte kommt allerdings zu wesentlich anderen Schlüssen als Professor Calmette.

Doktordiplome en gros

Die Wiener Polizei hat die beiden Schriftsteller Karl Hüttemer und Pohorilles wegen gewerbmäßigen Verkaufs von Doktordiplomen und Ordens Titeln verhaftet. Die akademischen Titel verschaffen sie sich gewöhnlich von der Universität Philotechnie in Brüssel und der Universität Nouvelle in Paris. Ihre Abnehmer hatten sie in Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und sogar in Uebersee-Staaten. Das Geschäft muß recht einträglich gewesen sein, da Hüttemer selbst zugibt, in einem Jahre 20 bis 25 000 österreichische Schilling verdient zu haben.

Die deutsche Novemberrevolution

(4. Fortsetzung.)

Von GEORG LEDEBOUR

4. Zusammenstoß mit der Polizei am Hackeschen Markt.

Der unerfreuliche Ausgang der Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten trieb mich dazu an, in den folgenden Tagen jede Gelegenheit auszunutzen, um die Kampfgeist unserer Genossen beispielgebend zu steigern, damit wir nicht abermals den revolutionären Endkampf verpaßten. Am nächsten Tage, einem Sonntag, bot sich schon die Gelegenheit dazu.

Ich hatte vormittags in den Sophien-sälen ein Referat übernommen. Die Versammlung war, wie alle in jener gärenden Zeit, überfüllt und von bestem Geiste beseelt. Um das verständlich zu machen, was sich im Anschluß an die Versammlung zugetragen hat, muß ich noch erwähnen, daß ich in den wiederholten Auseinandersetzungen mit den Spartakisten, die beständig auf Demonstrationen drängten, wiederholt betont hatte: Ich lehne Demonstrationen nicht grundsätzlich ab, sie sind jedoch kein Ersatz für den Massenstreik mit anschließendem Endkampf. Kommen wir dazu aber noch nicht, und wachsen Demonstrationen dann aus der Situation heraus, so bin ich durchaus bereit, sie mitzumachen.

In jener Versammlung kam nun der mir persönlich befreundete Genosse Hermann Duncker, der dem Spartakusbund angehörte und wiederholt mit Karl Liebknecht zusammen an den Sitzungen der Revolutions-

In Gröners Reichswehr:

Eine Bestie als Unteroffizier

Fridertianische Methoden leben wieder auf — Ein Schandurteil

Unglaubliche Zustände in der Reichswehr wurden dieser Tage in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Lichterfelde enthüllt. Wegen Mißhandlung und boshafter quälerischer Behandlung eines Untergebenen nach § 122 und 122 a des Militär-Strafgesetzbuches hatte sich der Unteroffizier Kurt Klaffus zu verantworten. Der Angeklagte ist seit sechs Jahren bei der Fahrabteilung der Reichswehr in Lankwitz und seit Juni Unteroffizier. Er war aber schon seit langem in der Kammer beschäftigt. Am 18. September dieses Jahres erregte der Fahrer G. sein besonderes Mißfallen. G. kam sehr eilig in die Kammer, um einige Sachen umzutauschen und hatte die Mütze aufbehalten. Der Unteroffizier schickte ihn darauf hinaus und ließ ihn warten, bis die anderen Soldaten abgefertigt waren. Dann rief er ihn hinein. Als der Soldat in die Kammer kam,

stellte ihm der Unteroffizier ein Bein, so daß er zu Boden fiel und dabei beim Anklammern den Aufsatz des Schreibtisches herunterriß. Als er am Boden lag, bekam er noch einen Tritt in den Rücken.

Es wurde ihm nun befohlen, aufzustehen, und er mußte den Schreibtisch „aufräumen“, und zwar in der Weise, daß er jeden einzelnen Gegenstand, Bleistifte, Radiogummi, Stecknadeln, Bücher, Blätter, usw. Stück für Stück im Laufschrift zu einem Ende der Kammer befindlichen Regal tragen mußte. Wenn er nicht schnell genug lief, half ihm der Vorgesetzte durch Stöße in den Rücken nach. Er stellte ihm auch mehrmals beim Vorbeilaufen ein Bein, jedoch fiel G. nicht mehr zu Boden, sondern stolperte nur jedesmal. Das ging

etwa eine Stunde lang, bis die Paroleausgabe herankam und sich alle entfernen mußten. Am nächsten Tage hatte derselbe Fahrer den Boden gebohrt, und auch dabei erhielt er von dem Angeklagten

mehrfach Tritte ins Gesäß. Bei der Paroleausgabe bald darauf war G. etwas zu spät gekommen und auch nicht schnell genug. Zur Strafe mußte er vor der ganzen Mannschaft in Hockstellung hüpfen und bekam auch hierbei mehrfach

von hinten Fußtritte. Der zuständige Hauptmann mußte dem Fahrer G. das Zeugnis ausstellen, daß es ein ruhiger, williger Mann sei, der sich immer pflichtgemäß benommen habe. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Mißhandlung eines Untergebenen in drei Fällen zu fünf Wochen Festungshaft, da der geschilderte Tatbestand trotz des Leugnens des Angeklagten von dem Gericht erwiesen angesehen wurde. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

Ein neues skandalöses Klassenurteil! Gegenüber der Bestialität des Unteroffiziers Klaffus muß die „Strafe“ einer kurzen Festungshaft geradezu als eine Belohnung erscheinen. Der Spruch des Gerichtes wirkt noch empörender, wenn man ihn mit den drakonischen Urteilen der Schnellgerichte gegen demonstrierende Arbeiter vergleicht.

Auch diese „Gerechtigkeit“ ist die Frucht einer Tolerierung — jener Tolerierung nämlich, die unter Führung Eberts und Scheidemanns nach der Novemberrevolution betrieben wurde!

Am Donnerstag im Sklarek-Prozeß:

Zeuge Böß

Aenderung der Verteidigungstaktik der Brüder Sklarek

Die am Montag wieder aufgenommenen Verhandlungen im Sklarek-Prozeß standen im Zeichen einer wichtigen Wendung in der Taktik der Angeklagten Sklarek. Während sie bisher bemüht waren, die angeklagten städtischen Beamten nach Möglichkeit zu entlasten, und ihre in der Voruntersuchung gemachten Angaben einzuschürfen, haben sie jedenfalls gegenüber dem Angeklagten Kohl diese Haltung nicht eingekommen. Gleich zu Beginn gibt Willy Sklarek an, daß alle Angeklagten die auf den Auszahlungszetteln von ihm angezeichneten Beträge auch erhalten haben.

Bezüglich der Rennwetten behauptet Leo Sklarek, daß, wenn ein Sklareksches Pferd gewonnen hatte, alle Freunde zu ihnen gekommen seien und sie gefragt hätten, ob Sklareks nicht für sie mitgewettet hätten.

Aus der Vernehmung Degners ist noch

nachzutragen, daß Degner seine Wohnung mit 27 000 Mark möbliert hatte.

Vorsitzender: Das ist doch aber das Heim eines Kapitalisten!

Degner: Von Luxus kann nicht die Rede sein.

Vorsitzender: Dann sind ihre Ansichten darüber verschoben. Wie bringen Sie denn diese Ansicht mit Ihrer Weltanschauung in Einklang?

Degner: „Die Wohnung war nur hygienisch.“
Degner: „Die Wohnung war nur hygienisch, solide, ordentlich.“

Degner will von diesen 30 000 Mark 8000 Mark in Devisen aus der Inflationszeit gespart haben, und zwar in seiner Stellung an der internationalen Pressekorrespondenz!!! Den Rest hat angeblich seine Mutter ihm gegeben.

Bei der Vernehmung Kohls holt Leo Sklarek zu einem großen Vorstoß aus.

Es war also vollkommen klar: die Spartakisten wollten mich nötigen, sie zu einer Demonstration zu führen. Schön! Wir gingen nun schnellen Schrittes voran. Als wir in die Rosenthaler Straße einbogen, die zum Hackeschen Markt führt, hörte ich plötzlich den Kommandoruf: „Kette bilden!“ Dann stürzten ein paar Dutzend Schutzleute hinter uns auf einem offenen Torwege heraus, um quer über die Straße hinüber die Demonstranten vom Hackeschen Markt abzusperren. Dieser Platz liegt nämlich in der Mitte von Berlin; von dort aus kommt man in zehn Minuten über eine Spreerbrücke nach dem kaiserlichen Schloß, dem geheiligten Zentrum des wilhelminischen Deutschland.

Ich erwartete nun, daß die Spartakisten, ihrem dringenden Wunsch nach einem Demonstrationserfolg nachgebend, sich auf die Schutzmannskette stürzen würden, aber nichts geschah. Als ich nun sah, daß die Schutzleute zwar alle Passanten, die nach der Innenstadt wollten, zurückwiesen, aber alle durchließen, die nach der andern Seite wollten, sagte ich zu meiner Frau: „Du, die Genossen glauben vielleicht, ich wolle sie im Stich lassen. Komm, wir gehen mit den anderen Passanten wieder zurück!“

Die Schutzleute, die uns ja den Rücken zugekehrt hatten, ließen uns auch unbeanstundet auf dem Fußsteig wieder durch. Schnell ging ich auf der Mitte des Fahrdamms auf die Genossen zu und ersuchte sie, zu folgen.

Dann drehte ich mich um und eilte auf die Schutzmannskette zu. Der Polizeileutnant kommandierte: „Säbel heraus!“ Ein einziger Schutzmann zog den Säbel. Ich rief

Er erklärt, der Kommunalpolitiker Kohl sei mit ihm gut befreundet gewesen und könne darüber Auskunft geben, daß Sklareks von Kieburg betrogen worden seien, einen großen Teil schlechter, unbrauchbarer Waren übernehmen mußten, ebenso den sehr kostspieligen Personalapparat.

Der Angeklagte Kohl und Rechtsanwalt Braubach geben zu, daß die Verträge mit Sklareks überaus hart gewesen seien und daß mehrfach geäußert wurde: „Warum stellen die Sklareks keine Schadenersatzansprüche?“

Kohl gibt weiter an, daß über die Kieburgsche Mißwirtschaft sich Oberbürgermeister Böß, der Kammerer, die Stadträte Schünig und Katz äußern könnten.

Der Vorsitzende gibt dann bekannt, daß für den ersten Teil der Beweisaufnahme (der zweite Teil behandelt die Stadtbankangelegenheit) nicht weniger als 60 Zeugen geladen wurden.

Unter ihnen befinden sich Böß, Scholz, Novarra, die bereits am Donnerstag vernommen werden.

Nichtexplosibles Benzin

(Eigene Meldung der „SAZ“)

W. In Frankreich ist eine Benzinart erfunden, die, wenn sie mit Feuer in Verbindung kommt, nicht explodiert. Praktische Versuche sind bereits unternommen worden. Man hat in den Benzintank eines Flugzeuges brennende Zündhölzer geworfen, die sofort erloschen.

Man hört das Gras wachsen

Der Direktor des Göttinger Instituts für angewandte Elektrizitätslehre, Professor Dr. Reich, berichtete an einem Vortragsabend über bedeutsame Versuche zur Feststellung des Pflanzenwachstums mit Hilfe der Elektronröhre, die in diesem Falle als Meßinstrument gilt und sich durch überaus große Empfindlichkeit auszeichnet. Der Gelehrte nahm in seinen Ausführungen Bezug auf den z. B. im Lautsprecher vielfach auftretenden Pfeifton, der hervorgerufen wird, wenn zwei gegeneinander nur wenig verstimmte Schwingkreise eine Koppelung erfahren. Dieses Pfeifen ist, wie der Redner darlegte, in seiner Tonhöhe ungemein empfindlich gegen die geringfügigsten Veränderungen der Frequenz einer der beiden Schwingkreise. Legt man nun zwischen die leicht beweglichen Kondensatorplatten ein im Keimen befindliches Gerstenkorn, so werden die beiden Platten bei der Weiterentwicklung des Kornes bzw. bei dessen Wachsen auseinandergedrängt. Selbst die denkbar geringste Lageveränderung ist meßbar unter Zugrundelegung der Höhe des Pfeiftons. Professor Reich hat das Korn durch Verwendung einer Quecksilberlampe zu starkem Keimen gebracht und experimentell gezeigt, daß dieses Keimen den Pfeifton höher werden ließ, während nach der Beruhigung des Kornes, bei Wegnahme der Lampe bzw. beim Nachlassen des Wachstums der Ton wieder sank. Es ist also erwiesen, daß das Wachsen der Pflanze auf elektrischem Wege tatsächlich hörbar ist.

Der Sohn als Täter?

Zu der Ermordung des Polizeihauptwachmeisters Michael Bartkowiak in Recklinghausen wird bekannt, daß der Sohn des Ermordeten der Tat dringend verdächtig ist. Er ist nach der Tat in Richtung Herne-Bochum geflohen und wird von der Kriminalpolizei gesucht.

ihm zu: „Schämen Sie sich nicht, gegen einen Unbewaffneten den Säbel zu ziehen?“ Sofort steckte er ihn wieder ein. Ich stürzte auf die Kette los. Als ich von zwei Schutzleuten gepackt wurde, warf sich meine Frau dazwischen. Kurze Zeit balgten wir vier uns miteinander herum. Da rief der Leutnant: „Laßt sie durch!“ Dann waren wir plötzlich wieder auf der andern Seite.

Als ich mich umdrehte, sah ich, daß die Spartakisten ruhig auf dem Fleck stehen geblieben waren. Der einzige Mann, der mir zu Hilfe kam, war meine Frau.

Eine Zeitlang gingen wir stumm nebeneinander her. Dann sagte meine Frau: „Ich könnte vor Scham in die Erde sinken!“ Sie schämte sich der Genossen, die uns so schmählich im Stich gelassen hatten.

Nun möchte ich hier ausdrücklich betonen. Ich glaube nicht, daß die beiden Genossen, die im Auftrage der anderen Spartakisten mich zur Leitung einer Demonstration angetrieben hatten, mit dem nachherigen Verhalten ihrer Auftraggeber irgendwie einverstanden gewesen sind, denn ich kenne sie als durchaus anständige Menschen. Aber diese Auftraggeber selbst! Sie mußten, als wir beide auf die Schutzmannskette einstürzten, nach den bisherigen Erfahrungen erwarten, daß wir zusammengehauen oder doch mindestens verhaftet würden. Dazu wäre es auch sicher gekommen, wenn nicht in jener Zeit die Polizei bereits das Vertrauen zu den Machthabern verloren gehabt hätte.

(Weitere Artikel folgen.)

Wirtschaft und Arbeit

Dem Abgrund zu

Auch der Mittelstand wird vernichtet

† Berlin, 15. November.

Was war die Inflation in ihrer Auswirkung? Lohnraub und Vermögensumschichtung in größtem Ausmaß. Heute haben wir, gelehrt gesprochen, die Deflation (bis auf weiteres). Und was erleben wir? Lohnraub und Vermögensumschichtung! Der Lohnraub dokumentiert sich jeden Tag, es bedarf da keiner Erläuterung. Höchstens wäre noch zu erwähnen, daß in dies Kapitel natürlich auch der Abbau der Sozialversicherung, der Renten usw. gehört. Die ganze proletarische Klasse wird in ihrem Einkommen gewaltig reduziert, heute sicher schon um mehr als 50 Prozent gegenüber den Jahren 1927—29. Relativ wird diese Einkommensminderung geringer sein, weil durch Bruchliegen des Produktionsapparats die Wertezugung zurückgegangen ist. Aber auch relativ hat sich natürlich das Einkommen der proletarischen Klasse, als Ganzes gesehen, erheblich gemindert. Mit anderen Worten, sein Anteil an dem von ihm geschaffenen Sozialprodukt ist wieder einmal beträchtlich verkürzt worden. Der überschüssige Teil geht nun ebensowenig verloren wie in der Inflationszeit, er wird von staatsweg übertra-

gen auf andere Schichten, auf Industrie, Finanz- und nicht zuletzt Agrarkapital. Osthilfe, Bankensanierung, Subventionen aller Art an alle diese Kreise sind bekannt.

Aber dieser Raubzug gegen die rein proletarische Klasse reicht nicht aus, das Loch zu füllen, das Unfähigkeit und Größenwahn der Industriefürsten, seit Jahrzehnten dauernde und immer unterstützte Falschwirtschaft der Großagrarien in der Topf der Volkswirtschaft gerissen hat. Es müssen auch andere Kreise daran glauben, damit die Großkopfeten oben bleiben. Es ist sehr interessant und bestätigt wieder die grandiose Voraussicht, den unübersehbaren Scharfblick von Marx und Engels, daß nun zugunsten und zur Rettung des Großkapitals jeglicher Observanz die kleineren Vertreter dieser selben Klasse bluten müssen. „Ein Kapitalist schlägt viele tot“. Welcher Weg schließlich und endgültig gegangen wird, steht noch nicht fest. Ob es ohne Inflation abgeht, wird — trotz der Versicherungen des Herrn Brüning — die nächste Zukunft weisen. Vorläufig hält man noch bei anderen Projekten. Die famose Zinskonzersion hat man ja einstweilen zu den Akten gelegt, dafür aber ein ähnliches Projekt aus dem Beutel der Notverordnungen hervor-

geholt, über das noch beraten wird. Es ist das der Zinssubvention. Hauptsächlich gedacht für den Grundbesitz, den ländlichen und städtischen. Die Methode ist einfach: es wird den kleineren Rentnern, den Besitzern von Aktien (soweit die noch Dividende bringen), Obligationen, Pfandbriefen und Sparkassengläubigern, eine Steuer auf diesen Kapitalertrag auferlegt, um damit dann die „notleidenden“ Schuldner zu unterstützen. Vermögens-, bzw. Einkommensumschichtung. Statt zu stoßen, was fallen will, wird das Unrentable erhalten, die Krise (auch so wieder Kaufkraftverminderung) verschärft. Und selbstverständlich wird es nicht beim Grundbesitz bleiben, andere „notleidende“ Schuldner, die sich übernommen haben — und welcher Kapitalist hat das nicht getan? — werden im Fördern nicht bescheiden sein. Und sie wissen, wie man auf die Regierung Druck ausübt!

Den kleineren Aktienbesitzern wird es sowieso nicht zum besten gehen. Die überdimensionierten Betriebe müssen, ob sie wollen oder nicht, abschreiben. Wir treten wieder in die Aera der Kapitalzusammenlegungen ein. Auch das haben die „Kleinen von den Meinen“ schon einmal erlebt, und

werden sich gut erinnern, wie sie geschöpft worden sind. Sie waren ja nach bürgerlicher nationalökonomischer Theorie „Mitbesitzer“; zum „Stillhalten“ sind sie jedenfalls gut genug! Die Hochachtung vor der „voraussetzungslosen“ Wissenschaft wird ihnen — eine Nebenerscheinung — ein bißchen ausgebleibt werden. Es ist diese Sanierungsaktion, die der Kapitalismus nicht umgehen kann, wieder eine Vermögensumschichtung zugunsten der großen Expropriateure. Das Kapital, auch wenn es sich absolut als freies Kapital vermindert, wird noch einmal stärker konzentriert.

Daß hieraus zweifellos wiederum starke Fehlleitungen sich ergeben werden, unter den kapitalistischen Bedingungen sich ergeben müssen, sei nur erwähnt. Bedeutungsvoller ist, daß durch all diese Aktionen der Markt des freien Kapitals notwendigerweise verengt wird. Nicht nur für den Augenblick, auch für die Zukunft. Die zweimal geschorenen Schäflein werden es sich, vorausgesetzt, daß sie wieder Ersparnisse aufhäufen, dreimal überlegen, ehe sie es wiederum so anlegen wie bisher. Die Banken werden auf ihren eingefrorenen Krediten sitzen bleiben, ohne den Markt zu haben, sich durch Neumissionen wieder flüssig zu machen. Die Rückwirkung auf die Industrie ist klar. Woher soll sie flüssiges Kapital nehmen, um die Betriebe in Gang zu setzen? Kaufkraft — geringer; geringer — das Absatzgebiet; es fehlt das Vertrauen — es fehlt der Kredit. Die Schulden aber bleiben, wenn sie auch zu einem Teil durch die erwähnten Manipulationen abgestoßen worden sind. Auslandskredit? Es fehlen auch dafür sämtliche Voraussetzungen. Bleibt als immer bereiter Nuthelfer der Staat. Er wird sicherlich für seine Herren tun, was er kann. Aber auch sein „bestes“ Wollen endet an dem Können seiner Untertanen, und wie das gerade durch seine Kunststücke beschaffen ist, haben wir ja auseinandergesetzt.

Gewiß, es gäbe einen Ausweg, von dem rein Sozialistischen ganz abgesehen. Nicht den der Wiederherstellung des „Krisenmechanismus“ der garantierten „freien Wirtschaft“. Das Rad der Entwicklung läßt sich nicht zurückdrehen. Aber vielleicht den des Staatskapitalismus, der Zusammenfassung und Leitung von Industrien nach rationalen Linien im Sinne einer Bedarfsdeckungswirtschaft, überlegter Lenkung des Kreditstroms nach wirklich volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, Außenhandelsmonopol und was da alles in Frage käme. Das Gebiet ist nicht mit ein paar Worten zu umgrenzen oder zu beschreiben. Aber dieser Staat spielt zwar gern die Rolle des Steuereintreibers für den unfähigen Kapitalismus, aber niemals wird er sich dazu hergeben, einen Schritt zu tun, schließlich den Weg zum Sozialismus, zur Gemeinwirtschaft ebenen würde. Dazu gehören andere Dirigenten, andere Machtverhältnisse.

Weil dem aber so ist, muß sich das Proletariat klar sein, daß seine Lage sich vorläufig weiter verschlechtern wird, daß die Hoffnung auf Behebung der Krise, zum mindesten in Deutschland, eine Illusion ist, daß also sein ganzes Wirken und Trachten darauf gerichtet sein muß, an die Stelle dieses kapitalistischen Systems eine wirklich rationelle Wirtschaftsweise zu setzen. Es muß sich aber auch klar darüber sein, daß die vom Kapitalismus betrogenen und ausgepörrten Mittelschichten vorläufig vor den Werbungen der Nazis anheimfallen als der seinen. Das darf es nicht irre machen an seiner Arbeit der Aufklärung. Es muß Massen gewinnen, muß sie um sich und zu sich sammeln, und weiß ja, daß auf die Dauer Schlagworte nicht satt machen, daß der Nationalsozialismus noch weniger vom Wirtschaften versteht als seine Besolter. Daß auch diese Verzweiflungsgeburt der sterbenden Bourgeoisie den Todeskeim im Leibe trägt. Die gegenwärtige Wirtschaft analysieren, beobachten, den Ausweg (nicht nur mit einem Wort, sondern durch ein klares, substantielles Programm) zeigen — all das muß schließlich auch die ideologische Umwälzung herbeiführen, die Voraussetzung ist für die Nutzbarmachung der bereits vollzogenen und sich weiter vollziehenden ökonomischen Zugunsten des Sozialismus. Wissen gegen Aberglauben, Tatsachen gegen Schlagwortlügen — auf die Dauer müssen jene den Sieg davon tragen. Bei aller Not, bei allem Elend, die das Proletariat jetzt treffen, seine Aussichten standen — auf weitere Sicht gesehen — nie besser! In dieser Lage kann und muß die SAP, da sie gleich weit entfernt ist von staatspolitischen Ideologien der SPD wie von weltrevolutionären Träumen der KPD Führer und Leiter sein.

Erfüllung des Fünfjahresplanes durch Rot-Putilow in drei Jahren
Moskau, 14. November. Das Werk Rot-Putilow in Leningrad hat seinen Fünfjahresplan im Traktorenbau bereits in drei Jahren vollendet, indem es den 24 000. Traktor fertiggestellt hat. Während das Werk im Jahre 1929 rund 3000 Traktoren hergestellt hat, lieferte es in diesem Jahre 17 854 Traktoren.

Was wird aus dem Außenhandel?

Es ist nicht genau zu sagen, wie groß die Auslandsverpflichtungen Deutschlands sind. Aber man wird damit rechnen können, daß die deutsche Wirtschaft für ihre Auslandsschulden eine Zinslast von 1½ Milliarden Mark zu tragen hat. Dazu kommt die Abtragung der langfristigen und schließlich auch der kurzfristigen Kredite, wofür man 700 Millionen jährlich rechnet. Im ganzen wird man mit 3 Milliarden RM zu rechnen haben, wenn man zu den Zahlungsverpflichtungen auch die Reparationen zuzählt.

Diese Summe muß und kann nur aus Exportüberschüssen herausgeholt werden. Sehen wir zunächst zu, wie die Handelsbilanz im Oktober abgeschlossen hat:

Der deutsche Außenhandel im Oktober 1931

Der Oktober ist aus Saisonsgründen ein Monat des gesteigerten Außenhandels. Die Einfuhr ist — bei sinkenden Preisen — wertmäßig um 7,8 Proz. gestiegen. Diese Zunahme entfällt ausschließlich auf Lebensmittel und Fertigwaren, während die Rohstoffeinfuhr — ein Zeichen des weiteren Abgleitens der Konjunktur — wertmäßig sogar ein wenig zurückgegangen ist. Die Ausfuhr ist um 6,7 Proz. wertmäßig gestiegen, ebenfalls bei abgleitenden Preisen. Das englische Inflations-Dumping hat sich noch nicht besonders auffällig bemerkbar gemacht, obwohl die englische Kohle einiges Terrain zurückerobert hat und auf dem strittigen Gebiete festeren Fuß faßt. Diese Position gegenüber dem englischen Wahrungsdumping wird sich allerdings nicht halten lassen, wenn jetzt der Aufstieg des Marktes, der durch Vorankäufe im Hinblick auf die kommende englische Zollgesetzgebung erzeugt wurde, wieder aufhört.

Die Handelsbilanz ist im Oktober mit 383 Mill. RM. aktiv. Unter Berücksichtigung der Reparations-Sachlieferungen beträgt der Wertüberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 396 Mill. RM.

Der Ausfuhrüberschuß Januar-Oktober d. J. beläuft sich auf 2358 Mill. RM. Davon entfallen 347 Mill. RM. auf Reparations-Sachlieferungen. Von den restlichen 2 Milliarden RM. sind fast 350 Mill. durch erhöhte Ausfuhr nach Rußland entstanden. Die Gesamtausfuhr nach Rußland Januar-Oktober 1931 beträgt 592 Mill. RM. Im Oktober allein stellte sie sich auf 85 Mill. RM.

Ähnlich starke Verschiebungen im Außenhandel Deutschlands haben sich in diesem Jahr mit keinem anderen Land ergeben. Die Ausfuhr nach Rußland betrug im 1. Quartal 129,3 Millionen, im 2. Quartal 133,1 und im 3. Quartal 244,4 Millionen. Dagegen zeigt die Einfuhr aus Rußland eine leichte Senkung. Ob sich diese günstige Entwicklung fortsetzen wird, wird von dem Ausgang der augenblicklich schwebenden deutsch-russischen Verhandlungen abhängen, bei denen u. a. den berechtigten Wünschen der Russen auf Erhöhung der deutschen Einfuhr aus Rußland Rechnung getragen werden müßte. Es wird umso mehr von der zukünftigen Gestaltung des deutsch-russischen Handels abhängen, als die deutsche Ausfuhr nach Europa nicht nur nicht zugenommen, sondern sogar eine leichte Abnahme erfahren hat. Und dies, obwohl der eigentliche Gegendruck der Inflationswährungen in der Außenhandelsgestaltung des Oktobers sich noch nicht auszuwirken vermochte.

Die Ausfuhrüberschüsse haben sich seit Beginn des Jahres ständig erhöht. Aber diese Steigerung des Uberschusses erfolgte bei ständig sinkendem Handelsumfang, und darin

zeigt sich sowohl der Krampfcharakter dieser Uberschüsse als auch die Schranke, bis zu der ein Uberschuß noch erreichbar sein wird. Die Oktober-Ausfuhr liegt stark unter der vorjährigen, ebensog die Einfuhr. Und dieses Bild ist noch günstig gefärbt durch die Zahlen des Exports nach Rußland, von denen man nicht weiß, ob sie künftig in diesem Umfang gesteigert oder auch nur gehalten werden können. In den ersten 9 Monaten ist gegenüber dem Vorjahr die Einfuhr von 8 auf 5,2 Milliarden gesunken, die Ausfuhr von 9,1 auf 7,2 Milliarden. Sieht man sich die Ziffern des Vorjahres an, so sieht man unschwer den Grund der zunehmenden Verschuldung gegenüber dem Ausland, eine Verschuldung, die um so gefährlicher ist, als sie nicht in langfristigen Kapitalanlagen erfolgte. Auch in diesem Jahre wird kaum der Exportüberschuß die Summe erreichen, die zur Abdeckung der Auslandsverpflichtungen notwendig ist, selbst wenn man einrechnet, daß der teilweise Zahlungsaufschub der Reparationen als Entlastung abzusetzen ist.

Je länger der heutige Zustand auf dem Weltmarkt und in der Weltproduktion andauert, um so schwerer, ja aussichtsloser muß es erscheinen, Exportüberschüsse in dieser Höhe zu erlangen. Der heutige Exportüberschuß Deutschlands ist nicht ein Zeichen der Gesundheit, sondern ein Symptom höchsten Fiebers. Nur auf Kosten des immer mehr einschrumpfenden Binnenmarktes, dessen Nachfrage nach Rohstoffen damit immer mehr ausfällt, ließ sich dieser Exportüberschuß erzielen. Aber das Ausland antwortet auf diese verringerte Nachfrage durch Abwendung seiner Nachfrage und durch eine sich immer höher türmende Zollgesetzgebung.

Alle Versuche eines Zollfriedensschlusses sind restlos gescheitert

Das internationale Abkommen von Genf im Jahre 1927 sollte alle Ein- und Ausfuhrbeschränkungen beseitigen. Ausgerechnet weil Polen (das von Paris dirigiert wird!) nicht ratifizierte, wurde das Genfer Protokoll nicht in Kraft gesetzt. Die Zollfriedenskonferenz

vom März 1930 endete mit der Kompromißschließung eines einjährigen Zollwaffenstillstandes, der niemals eingehalten wurde, nicht zuletzt wegen der handelspolitischen Aggressivität der deutschen Regierungen Müller und Brüning. Und schließlich scheiterte der letzte Rettungsversuch auf der Genfer Wirtschaftskonferenz im März 1931, um schließlich — eingeleitet von dem österreichisch-deutschen Zollunionsplan — einer neuen Flut des handelspolitischen Protektionismus Platz zu machen.

Heute stößt der deutsche Außenhandel auf immer höhere Wälle, auf immer mehr sich verengende Kampfgebiete. Zollerhöhungen auf der einen Seite, Kaufkraftschwund auf der anderen machen viele frühere Handelspartner zu unbrauchbaren Zielen deutscher Handelspolitik. Dazu kommen Einfuhrerschwerisse mannigfacher Art; insbesondere Devisenverordnungen, Kontingentierungen und direkte Einfuhrverbote, und schließlich die Abkehr wesentlicher Zweige der Weltwirtschaft von der Goldwährung und das inflationistische Dumping, das besonders von England bewußt als Waffe im Konkurrenzkampf eingesetzt wird. Rings um Deutschland erheben sich jetzt Wälle der Hochschutzzölle, und überall wird fleißig an ihrer Erhöhung gebaut, ganz abgesehen davon, daß Deutschland selbst durch seine eigenen Maßnahmen in derselben Richtung arbeitet. Diese Entwicklung erscheint um so gefährlicher, als sie vornehmlich solche Länder betrifft, die noch im vergangenen Jahre die besten und wichtigsten Käufer deutscher Waren gewesen sind, ohne daß sie gleichzeitig besonders aktive Ausfuhrländer nach Deutschland gewesen wären, solche Länder also, deren Handelsbeziehungen zu Deutschland vornehmlich den deutschen Exportüberschuß lieferten.

Man wird schon für das laufende Quartal mit trüben Aussichten für die weitere Entwicklung des deutschen Exportes rechnen müssen. Es kann Deutschland durch eine weitere Einschränkung seines Importes nicht mehr gelingen, den Exportüberschuß in der notwendigen Höhe zu halten. Und es scheint auch nicht so, als ob durch internationale Vereinbarungen eine Wendung der handelspolitischen Methoden zu erwarten wäre. Der Kapitalismus ist in eine Sackgasse gelangt!

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,90 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name

Wohnort

Straße

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Ausverkäufe

Und wieder ist einmal die Zeit gekommen, in der aus allen Warenhäusern bunte Reklamefahnen herabhängen und in den Schaufenstern die ausgezeichnetsten Tricks zu bewundern sind. Es ist der letzte Appell an die Notgroßen der Arbeiter, die nichts mehr auszugeben haben, als ihren vergeblichen Glauben an die kapitalistische Nothilfe. So erscheinen in diesen Tagen die reklamebunten Warenhäuser der großen Handelskonzerne höchstens als Wärmehäuser und amüsante Ausstellungshallen, in denen sich die Gedanken auf die phantasiereiche Welt der Waren nur zu richten haben: als eitle Wünsche.

Verzweifelt ist dieser Kampf auf dem kapitalistischen Warenmarkt um den letzten Arbeitergroschen. Da hilft keine Reklamewissenschaft, keine Verkaufspsychologie und auch nicht die marktscheuerischen Parolen: „Nur noch zwei Tage; Preisumwälzung in der Damenkonfektion...“

Wer glaubt übrigens noch daran? Es mag alles schon stimmen in dem grellen Licht der elektrischen Lampen; Zahlen, Farben und Parolen. Doch ganz im Hintergrunde, in den kapitalistischen Werkstätten, liegen die Dinge, die dieses Licht scheuen.

Da sitzen in Hunderten von Kleinbetrieben der Damenkonfektion tagen, tagaus fleißige Näherinnen, die treten die Maschine, bis sie müde und elend sind, um dann vielleicht 9 Mark wöchentlich nach Hause zu tragen, da hocken für manchmal noch einen geringeren Lohn Tausende von Heimarbeiterinnen über mühselige Arbeiten, bis sie krank und schwind-süchtig geworden sind.

Und wenn vorne im hellen Lichte der Fassaden das hohle Pathos vom Preisabbau und den Ausnahmetagen auf uns eindringt, dann denken wir daran: Der ganze Reklamezauber vom Preisabbau war nur wieder einmal ein noch größerer Lohnabbau der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Werkstätten und der Heimarbeit gewesen. H.

Verbilligte Briketts für Unterstützte

Wie mitgeteilt wird, erfolgt die Abgabe verbilligter Briketts durch die Kohlenhändler auf Grund von Bezugsscheinen, die mit dem Stempel der Stadt Berlin versehen sind. Die Aushändigung dieser Bezugsscheine an die Empfänger der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge-Unterstützung wird von den Arbeitsämtern, an alle übrigen in Betracht kommenden Unterstützungsempfänger von den Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendämtern vorgenommen. Jeder Empfangsberechtigte — hierzu gehören auch diejenigen, die bereits städt. Kohlegutscheine für den Gratisbezug von Kohlen erhalten haben — kann zunächst monatlich einen Bezugsschein für 1 Zentner Briketts beanspruchen.

Die Preisverbilligung beträgt je Zentner 0,14 RM., so daß die Bezugsscheininhaber während der Gültigkeitsdauer der jetzigen Kleinhandelspreise bei Abgabe des Bezugsscheines noch 1,50 RM. je Zentner Briketts bei ihrem Kohlenhändler zu bezahlen haben.

Die Preisverbilligung beträgt noch nicht einmal 10 Proz., die Geringfügigkeit dieses Preisnachlasses steht also in keinem Verhältnis zu dem großen Tara, mit dem er verknüpft wird. Bei der allgemeinen Krise der Brennstoffverteilung müßte es möglich sein, den Unterstützungsempfängern Briketts zur Hälfte des aufgebühlten sonstigen Preises zu liefern. Hoffentlich dient diese Verbilligung nicht dazu, nun die Ausgabe städtischer Kohlegutscheine zum Gratisbezug völlig einzustellen, nachdem sie gegenüber früheren Jahren bereits erheblich eingeschränkt wurde.

Wer hat denn das Panzerauto auf dem Nollendorferplatz gebraucht...

Kleiner Auflauf. Zwanzig Sipos herum. Einer freundlich zu den Neugierigen: „Kommen Sie ruhig näher heran, aber bleiben Sie nicht auf dem Fahrdamm stehen; wenn Sie überfahren werden, sind wir sonst noch Schuld!“

Aus der Mark

Hausfrau! Herhörent!

Marktpreise: Fleisch: Schweinefleisch 70—80 Pf., Kotelett 90 Pf., Kasterl 1 M., Rindfleisch 70 Pf.; Wurst: Schlackwurst 1,60—2 M., Leberwurst 1,20—1,40 M.; Fische: Hecht 80 Pf., Bratfische 28—30 Pf., Schellfisch 40 Pf.; Butter: Landbutter 1,30—1,40 M., Molkebutter 1,40—1,50 M.; Eier: 15 Pf., Geflügel: Hühner 70—80 Pf., Enten 1—1,10 M., Gänse 1 M.; Obst und Gemüse: Aepfel 10—20 Pf., Birnen 15—25 Pf., Weißkohl 5 Pf., Rotkohl 10 Pf., Kohlrüben 2 Pfd. 15 Pf., Kürbis Pfd. 5 Pf.

Premnitz

Das Organ der Premnitzer Arbeiter ist die SAZ. Wir verstehen es, wenn die SPD versucht, für das Rathenower Tageblatt Abonnenten zurückzugewinnen. Aber bei der Abonnentenwerbung soll man nicht falsche Behauptungen aufstellen. Zur Aufklärung geben

Rechtsstaat: Rechts-Staat?

Folgende Verhandlung fand vor der Berufungsinstanz im Landgericht II Berlin statt. Es ist nunmehr unerklärlich, welche Argumente jetzt noch für die Behauptung anzuführen sind, daß wir in einem Rechtsstaat leben.

Am 2. September dieses Jahres betrat ein Nationalsozialist die Gastwirtschaft im Hause Bahnstraße 41 in Schöneberg. Sie verweilte dort kurze Zeit, und als sie wieder auf die Straße trat, wurden sie nach ihren Angaben von einer Menge kommunistisch gesinnter junger Leute überfallen und niedergeschlagen. Ein hinzukommender Passant, der sich „Halt! Halt!“ rufend ins Getümmel stürzte, wurde ebenfalls in die Flucht gejagt, verfolgt und geschlagen.

Eine Polizeistreife sammelte die Ueberfallenen auf, fuhr nach dem Alex zu davon, und unterwegs behauptete einer der Nationalsozialisten, einen der Täter auf der Straße zu sehen. Man hielt und verhaftete vor der Gastwirtschaft von Wernicke den arbeitslosen Bäckergehilfen Herbert Hanisch, 20 Jahre alt. Er sollte der Hauptschläger vor dem Lokal Bahnstraße 41 und der Verfolger des Passanten gewesen sein.

Das Urteil des Schnellrichters bezeichnete ihn als der Tat in vollem Umfange überführt und schmetterte ein Jahr sechs Monate Zuchthaus auf ihn herunter.

Berufungsverhandlung. Wir geben — ohne Kommentar — das Ergebnis der Beweisaufnahme:

Der Zeuge H. hat beobachtet, daß die beiden Nationalsozialisten, bevor sie das Lokal Bahnstraße betreten, bereits stark an-

getrunken waren. Sie kopierten auf der Straße den Verkehrsbeamten und belästigten entgegenkommende Passanten.

Der Zeuge Klemkow (einer der Nazis) gibt selbst an, 7—8 Mollen getrunken zu haben, dazu noch die im Lokal in der Bahnstraße, also etwa 9. Trotzdem sei er nur „etwas angeheitert“ gewesen und habe seine Angreifer „genau erkannt“.

Die Zeugin Wernicke, zu der die Nazis in Polizeibegleitung kamen, um den Täter zu suchen, gibt an, die beiden Nationalsozialisten seien stark betrunken gewesen. Ebenso sagen zwei Gäste aus dem Lokal Wernicke aus. Der Nationalsozialist Klemkow will den Angeklagten Hanisch vom Polizeiwagen aus erblickt haben, wie er das Lokal Wernicke betrat: Drei Zeugen sagen unter Eid aus, daß Hanisch das Lokal während der Zeit der Tat nicht verlassen habe.

Der Belastungszeuge Brauchmann, jener Passant, der überfallen und verfolgt wurde, will Hanisch mit Bestimmtheit als seinen Verfolger erkannt haben: Es treten drei Zeugen auf, Müllkutscher, die sämtlich Hanisch persönlich kennen, die den Vorfall genau beobachtet haben. Drei Mann bezeugen unter Eid, daß Hanisch der Täter nicht gewesen sei.

Urteil der Berufungsinstanz: trotzdem 1 Jahr Zuchthaus.

Wahrlich: mit solchen Staatsanwälten, solchen Richtern und einer solchen „Rechts“-maschine kann man nur eine Arbeiterschaft von übermenschlicher Geduld belasten!

In dieser Stadt...

In dieser Stadt Berlin wird rascher gelebt als in jeder anderen Stadt Deutschlands. Es wird auch rascher gestorben. In dieser Stadt Berlin häuft sich der Reichtum und häuft sich das Elend. Der Reichtum zeigt sich auf den Straßen, und wenn er nur Kulisse vor der Angst um den morgigen Tag ist, er prunkt und repräsentiert. Das Elend verkriecht sich, es hat nichts zu repräsentieren als sich selbst, und das mögen die Polizei und der Magistrat nicht.

Jeden Tag klingeln 20 Männer an der Wohnungstür und sagen nichts. Nur eine Hand strecken sie hin, und darauf, daß sie rasch und ängstlich zurückgezogen wird, sieht man, wie oft sie schon diese Geste umsonst gemacht haben. Besonders häufig kommen sie in die Neubauwohnungen. Sie denken: wer da die Mieten zahlen kann, der muß doch noch Geld haben.

In einer Neubausiedlung im Berliner Norden sind innerhalb eines Monats 50 Mieter exmittiert worden. Das heißt, gewöhnlich haben sie nicht erst auf den Gerichtsvollzieher gewartet, sondern abends um 6 oder früh um 6 Uhr stand ein Wagen vor der Tür, auf den geschwind die Klamotten gepackt

wurden. Wo ziehen sie hin? Niemand weiß es. Häufig wissen sie es selbst nicht. In derselben Siedlung hatten bis zur Monatsmitte 85 Mieter keine Miete bezahlt. Davon ist über die Hälfte noch den Vormonat schuldig. Das wird die nächste Serie Exmittierungsklagen. Ein großer Teil der Neubaumieter haben allein für Miete 30—60 Proz. ihres ganzen Einkommens aufzubringen.

Aber den Männern, die vor der Tür stehen, geht es viel schlechter. In dieser Stadt Berlin mit ihrem großen Wohlfahrtsapparat und der schreienden Reklame für die Winterhilfe gibt es Menschen, die buchstäblich verhungern. In jeder Woche werden es mehr. Man braucht nur in eine Schule zu gehen und die Kinder anzuschauen. Die Zustände der Inflation sind wieder da, wo in einer Schulklasse 30 Kinder keine Unterwäsche mehr anhaben.

In dieser Stadt Berlin gärt und brodelt es unter der Oberfläche. Es gibt zu viele, die nichts mehr zu verlieren haben als ihr bißchen Leben. Und das wiegt nicht mehr schwer in heutiger Zeit.

Noch sind nicht alle November vorbei!

F. R.

Man tritt näher, gespannt auf die Ursache des Auflaufs. Steht da quer überm Damm mit einem Rad auf dem Fußweg, ein kleines, niedliches, friedliches Panzerauto. Panne, weil sein, natürlich linkes, Vorderrad gegen die Invasion in Berlin protestierte und abbrach. Streik der linken Vorhut! Ende der Eroberungsfahrt. Denn was hat sonst ein Panzerauto am 16. 11. 1931, um 10,30 Uhr vormittags, mitten in der Stadt zu suchen?

Raubmordanklage gegen Reins

Die Voruntersuchung gegen den Meister Ernst Reins wegen des an dem Geldbriefträger Schwan im Frühjahr dieses Jahres verübten Raubmordes steht unmittelbar vor dem Abschluß. Die Anklage wird gegen Ernst Reins auf Mord und Raub lauten, gegen seine ältere Schwester Sophie auf Beihilfe und

gegen die Mutter auf Hehlerei bzw. Begünstigung. Dagegen wird beantragt werden, die jüngere Schwester Jenny, die bereits vor einiger Zeit aus der Haft entlassen worden ist, außer Verfolgung zu setzen. Es ist die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht II unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schneider bereits in der ersten Hälfte des Dezember zu erwarten.

Auch der zweite Chauffeurmörder gesteht

Nach hartnäckigem Leugnen hat auch der zweite der wegen der Ermordung des Kraftwagenführers Pohl festgenommenen Burschen, der arbeitslose Bäcker Paul Rohrbach, ein Geständnis abgelegt. Die Geständnisse der beiden Täter weichen allerdings insofern voneinander ab, als jeder den anderen beschuldigt, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben.

einen sehr bedeutenden Prozentsatz der Gesamtbevölkerung des Ortes.

Dreister Ueberfall. Auf der Genossen B. wurde am Freitag ein dreister Ueberfall verübt, als er am hellen Tage durch den Wald nach Rathenow fuhr. Nach der Beschreibung des Täters trug der Bandit ein Hakenkreuz angedeckt. Er kam aber an den Falschen. B. ist stumm. In aller Ruhe fertigte er den Burschen handgreiflich ab. Allerdings trug er Kratzwunden im Gesicht davon und seine Hand wurde durch Schläge mit dem Schlagring stark verletzt. Der Uebeltäter hatte wahrscheinlich die Absicht, B. die Handtasche zu entreißen. Hoffentlich gelingt es, ihn auffindig zu machen.

Rathenow

Vor etwa einem Jahr überfielen zwei Frauen eine 78jährige Witwe in ihrer Wohnung in der Wolzenstraße. Sie suchten sie zu ersticken und flüchteten unter Mitnahme einiger hundert Mark. Die Täterinnen wurden jetzt festgestellt und verhaftet. Es handelt sich um zwei Frauen namens Bock und Wenz.

SAP

Ortsgruppe Wedding: Dienstag, 17. November, 12,30 Uhr, im Lokal „Mittelweg“ (Lichtenberg Str.) Beginn des Kurses „Die Bewegung der Revolution“ (Lehrer: Genosse Dirk Lehmann)

Ortsgruppe Tempelhof: Mitgliederversammlung Dienstag, 17. November, 20 Uhr, bei Genosse Marienlofer, Chausseestraße.

Ortsgruppe Tiergarten: Heute, Dienstag, 20 Uhr, Bildungskursus im Lokal „Parkstraße“ (Tiergartenstr. 18, Refektorium, Lehnmann-Bau) über Thema: „Die Rüstungsindustrie, ihre Produktion und ihre internationalen Verflechtungen.“ Wir legen Wert auf das Erscheinen aller Genossen

Ortsgruppe Tiergarten (einschl. Alt. Westen): Mitgliederversammlung Mittwoch, 18. November, 20 Uhr, im „Prinzenhof“, Tierstr. 25. Tagesordnung: 1. Bezirksparität, 2. Wahl der Delegierten, 3. Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Ortsgruppe Neukölln: Funktionärerversammlung Mittwoch, 18. November, 10 Uhr, bei Genosse Wenzel, Faldstraße, Gewerkschaftsfunktionäre haben gegen Ausweis Zutritt.

Freie Spielleute Neukölln: Lebungsstunde Jeden Dienstag, von 20 bis 22 Uhr, bei W. Schick, Neukölln, Rosenstr. 24. Interessenten für Trommel, Floß, Schlagzeug werden herzlich eingeladen. Vorsitzender: Karl Schick, Körnerstr. 18. Techn. Leiter: Richard W. Schulz, Mantelstr. 18.

Ortsgruppe Spandau: Donnerstag, 19. November, 20 Uhr, Rosl. Marek, Bismarckstr. 8. Mitgliederversammlung Bericht und Diskussion über den Ortsgruppenbericht. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Steglitz: Mitgliederversammlung, Dienstag, 17. November, 20 Uhr, bei Wernicke, Rugestraße 6. Tagesordnung: Aktio sprachen.

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 31, 3. Hof 4. Unsere Berichterstattung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Dienstag, 17. November, 19,30 Uhr. Pankow, Heim, Küssingstr. 18, Zimmer 3: Die Arbeiterbewegung in England und die Aufgaben der Unabhängigen.

Charlottenburg, „Karl Liebknecht“, Heim, Kaiserin Auguste-Allee 57a, Werkheim: Marxismus.

Reinickendorf, Beteiligung an der Mitgliederversammlung der SAP.

Stralau, „Friedrich Engels“, Wir treten beim Genossen Richard Kretsch, Sommerstr. 29: Politischer Tagesprogramm.

Köpenick, August Hebel, „Hinter auf“, Heim, Grünauer Str. 5, Zimmer 3: Fahrt.

Wörther Platz, „Matteotti“, Heim, Prenzlauer Allee 24: Kommunistisches Manifest.

Westend, Beteiligung an der SAP-Mitgliederversammlung, Freizeitsport, Leke Postfachziste.

Schöneberg-Friedenau, Heim, Giesener Str. 17: „Die Arbeiterbewegung im faschistischen Ungarn“.

Westen, Heim, Giesener Str. 17: „Die Arbeiterbewegung im faschistischen Ungarn“.

Mariendorf, „Hilde Brant“, Arbeitsgemeinschaft, im Programm der SAP.

Tempelhof, Wir machen eine Bußfahrt.

Neukölln I, Heim, Malower Str.: Politische Lage im Reich.

Neukölln II, Heim, Malower Str.: Arbeitsgemeinschaft.

Neukölln III, Heim, Schöne, Herzbergplatz, Raum 20: Demokratie — Diktatur.

Neukölln IV, Britz, Heim, Schöne Chausseestraße 176: Arbeitsgemeinschaft „Der Weg zur Macht“.

Süd-Ost, Heim, Skulptur Str.: 1. Monatsreferate.

Süd-West, Diskussion über den Schuldenfall.

Treptow, Alte S-B-Str., die wir uns erlauben wollen, werden sich zu Gen. Backhoff und Gen. Hans Joseph, Obersechenswende, Zuppelstr. 26.

Mittwoch, 18. November. Reinickendorf, Bußfahrt.

Schönhäuser Viertel, „Paul Levi“ und Balken „Jugo Hans“, Fahrt nach Rauen.

Wedding, Fahrt nach Rauen.

Falkenberg, Fahrt.

Süd-Ost, Fahrt „Wir tun Balle“.

Neukölln IV, Wir gehen spazieren. Treffpunkt 10 Uhr am Huteisen.

Rass: Reichsarbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler. Bezirk Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 24, 3. Hof 4. Die uns esett sind an einer Schülerarbeit, schicken ihre Adresse an das Jugendsekretariat.

Die Roten Falken: Arbeitsgemeinschaft „Die Roten Falken“, Bezirk Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 24, Allee, die interessiert sind an der Kinderreimarbeit, wenden sich an das Jugendsekretariat.

Rote Falken, „Paul Levi“, Heim, Sonnenburger Straße 20, von 17—19 Uhr: Kampflieder und Tischspiele.

Prenzlauer Viertel, Heim, Prenzlauer Allee 24, 17—19 Uhr: Leiter Hans Jürgen Elzer: Besprechung unserer Arbeit.

Balkenplatz, „Matteotti“, Heim, Tübinger Str. 47: Kinderversammlung 17—19 Uhr.

Stralau, „Roter Falke“, Heim, Götterstr. 61, 18—20 Uhr. Jeder Falke ist da!

Freireligiöse Gemeinde, Mittwoch, 19., 11 Uhr, Pappel-Allee 15. Lichtbildvortrag des Herrn Dr. F. Schiff: „Die Wandlungen der Gottesvorstellungen“, Gäste willkommen.

Werbt für die SAZ!

Friesack Die Stadtverordnetenversammlung nahm eine Entschließung an, in der die Ueberweisung eines Teils der Unterstützung in Form von Naturalien abgelehnt wurde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schuber, für Inserate: Johannes Hoffmann u. v. Verlag: Siebel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Druck: G. o. r. g. K. o. n. i. g., sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 35 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 30 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich, zuzüglich RM 1,50 Porto.

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungsverlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928

Feuilleton der SAZ

Maulwürfe

Arbeit gegen den Krieg in der schwersten Zeit

Ein Höchstmaß von selbständiger Initiative ist die Voraussetzung jeder wirksamen Aufrüttelungsarbeit während eines Krieges. Im Weltkrieg gab es noch keine revolutionäre Partei des Proletariats. Im schärfsten Kampf innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vollzog sich die Scheidung. Es dauerte geraume Zeit, bis die Opposition die Verbindung untereinander aufgenommen hatte und bis die Spartakusgruppe als geistiges Zentrum die Führung übernahm, in organisatorischer Beziehung war die Verbindung nur lose und beschränkte sich auf einen Briefwechsel unter Deckadressen und wenigen zentralen Konferenzen, die unter den größten Vorsichtsmaßnahmen illegal organisiert werden mußten.

Die bolschewistische Partei war unter den Parteien der 2. Internationale die am straffsten zentralistisch organisierte. Aber auch ihrem im Ausland befindlichen Zentralkomitee fiel es außerordentlich schwer in den ersten Kriegsjahren die regelmäßige und zuverlässige Verbindung mit den Genossen in Rußland aufrechtzuerhalten. Nur ihrer großen Erfahrung in konspirativer Arbeit und unterirdischer Propaganda war es zu danken, daß die Verbindung schließlich doch klappte und von der Schweiz sich die Fäden zogen zu dem, was nach der Mobilmachung von den illegalen Parteikomitees übriggeblieben war.

Konspirative Erfahrung war den deutschen Arbeitern der Vorkriegszeit ein fast unbekanntes Gebiet. Da und dort erzählte einer der „Alten“ seine Erlebnisse aus der Zeit des Sozialistengesetzes, mit denen man bei den völlig veränderten Verhältnissen nicht viel anfangen konnte. Sonst mußte während des Krieges diese mangelnde Erfahrung erst erworben und erprobt werden. Am raschesten und besten stellte sich vielfach die Jugend um, die allerdings in ihrem Kampf gegen die Verfolgungen der Polizei in den fünf Jahren, die dem Kriege vorausgingen, sich darin geübt hatte, die Polizei an der Nase herzuführen.

Mit der Zeit bildeten sich gewisse Regeln der illegalen Arbeit heraus, und ein Teil von diesen wird auch in der Zukunft, sowohl im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg wie auch in Zeiten verstärkter Unterdrückungsmaßnahmen, beachtet werden.

Eines Abends erhielt ich plötzlich Mitteilung, ich solle mich bei einem bekannten Genossen einfinden. Warum und wozu wurde nicht gesagt, der Bote wußte selbst nicht mehr, als was er ausrichtete. In der Wohnung waren vier andere Genossen. Wir waren alle Schriftsetzer, und eine Stunde später stand jeder vor einem Setzkasten und setzte an einer Broschüre, die so rasch als möglich heraus mußte. Es ging auch tapfer vorwärts, bis zum Morgen war alles abgesetzt, gematert und der Satz und auch das letzte Stück Manuskript beiseite geschafft.

Am folgenden Abend trafen wir uns in einer andern Wohnung, da lagen bereits die fertigen Broschüren. Wo sie gedruckt worden waren, kümmerte uns nicht. Alles wurde verteilt, die Hälfte in verschiedenen andern kleineren Städten zur Post gegeben, die andere Hälfte auf zwanzig Briefkästen der ganzen Stadt verteilt. Auch hier blieben keine Spuren zurück. Hersteller und Verbreiter der Broschüre, die in einigen Exemplaren doch in die

Hände der Postüberwachung kam, wurden nicht entdeckt. Die aufgefangenen Broschüren waren in zweien der kleineren Städte abgefangen worden, dort fielen die Sendungen stärker auf als in der Großstadt.

Ein genialer Organisator illegalen Verkehrs war Leo Jogisches. Er fand auch in der kritischsten Situation noch einen Drucker, der für ihn arbeitete, obwohl die strengsten Strafen darauf standen, und außerdem hatte er ein unübertreffliches Geschick, die billigsten Papier- und Satzpreise zu erzielen, die teilweise noch unter dem Buchdruckertarif lagen. In der polnischen und russischen Bewegung groß geworden, war konspirative Arbeit sein eigentliches Element, er betrieb den illegalen Vertrieb wie ein streng reelles kaufmännisches Geschäft, bei dem zuverlässig abgerechnet werden mußte, ohne daß dadurch die Verbindungen gefährdet werden dürften.

Die Spartakusbriefe kamen denn auch regelmäßig an irgendeine Deckadresse, als Maschinenteile oder Heeresbedarfsartikel, zu Käsehändlern oder andern harmlosen Zwischenstellen, die gar nicht wußten, was in den Paketen war, die sie aus persönlicher Gefälligkeit an ihre Adresse kommen ließen und die regelmäßig abgeholt wurden.

Sein Meisterstück leistete Jogisches während des Januarstreiks 1918. In einer Konferenz der Zentraleitung der USP mit den Redakteuren aus dem Reich, die im Februar 1918 stattfand, rügte Hugo Haase, daß die Leitung der Spartakusgruppe in der Streikwoche sieben Flugblätter mit den schärfsten Parolen und unerbittlicher Kritik an manchen

Halbheiten der USP und dem Verrat der Ebert und Scheidemann unter die streikenden Arbeiter geworfen hatte. Alle waren in Massenaufzüge erschienen, während die große USP mit ihrem mächtigen Apparat und großen Geldbeutel nur zwei Flugblätter in kleiner Auflage herausgeben konnten.

Mit der wachsenden Hungersnot und der wachsenden Stimmung gegen den Krieg stieß die Agitation im Hinterland auf immer größeren Verständnis. In manchen Städten waren die Frauen besonders aktiv, sie benutzten die zahlreichen Gelegenheiten beim Anstehen vor den Butter-, Fleisch- und Brotgeschäften zur Diskussion, die allerdings infolge der häufigen Anwesenheit von Spitzeln manche Opfer kostete. Das schwierigste Problem war die Auffüllung der durch Einziehung zum Militär und durch Verhaftungen immer schwächer werdenden Schar von Genossen, die für die illegale Arbeit zur Verfügung standen. Denn neue Kräfte kamen ja nicht zu, man konnte nicht riskieren, den Kreis derer, die sich an der Arbeit beteiligten, zu erweitern, ohne den Spitzeln, die in großer Zahl auf die revolutionäre Bewegung losgelassen wurden, Zutritt zu verschaffen. Während der ganzen vier Kriegsjahre wurden für die eigentliche illegale Arbeit nur Genossen verwendet, die man schon aus der Vorkriegszeit als bewährt und zuverlässig kannte; wurde dieser Grundsatz einmal durchbrochen, dann kam fast regelmäßig eine Störung der Arbeit dabei heraus. Und solche Störungen zu vermeiden, das war die Aufgabe, die mit der Zeit immer besser gelöst wurde.

Fritz Rück.

Die Legende vom Florus

Von Rosa Luxemburg

In den 80er Jahren, nach dem Attentat auf Alexander II., war über Rußland eine Periode starrster Hoffnungslosigkeit herein gebrochen. Die liberalen Formen der 60er Jahre wurden in der Gerichtsbarkeit, der ländlichen Selbstverwaltung, allenthalben zurückverdrängt. Friedhofsruhe herrschte unter den Bleidächern der Regierung Alexanders III. Der russischen Gesellschaft, die durch das Scheitern aller Hoffnungen auf friedliche Reformen wie durch die anscheinende Wirkungslosigkeit der revolutionären Bewegung gleichermaßen entmutigt war, bemächtigte sich eine gedrückte resignierte Stimmung.

Da erhob Korolenko, der zartbesaitete Dichter, dem ein Erlebnis aus Kinderjahren im rauschenden Walde, eine Knabenwanderung an dunklem Abend, über ein ödes Feld, ein Landschaftsbild in allen Nuancen der Beleuchtung und der Stimmung zeitlebens nachgehen, entschlossen seine Stimme, um wehrhaften, schwertblitzenden Haß und tatkräftigen Widerstand zu predigen. Auf die Tolstoischen Legenden, Parabeln und Erzählungen im Stile der Evangelien antwortete Korolenko mit der „Legende vom Florus“.

„In Judäa herrschten die Römer mit Schwert und Feuer, plünderten das Land und sogten die Bewohner aus. Das Volk stöhnte und beugte sich unter dem verhaßten Joch.

Vom Anblick der Leiden seines Volkes ergriffen, erhebt sich der weise Menachem, der Sohn Jehudas, appelliert an die Heldentraditionen der Vorfahren und predigt den Aufstand gegen die Römer, den „heiligen Krieg“. Dem tritt die Sekte der sanftmütigen Sossäer entgegen, die gleich Tolstoi jede Gewaltanwendung verpönten und nur in der inneren Läuterung, der Weltflucht und der Entsagung das Heil erblickten. „Mit deinem Aufbruch zum Kampfe säest du Unheil!“ rufen sie Menachem zu. „Wird eine Stadt belagert und sie leistet Widerstand, dann pflegen die Belagerer den unterwürfigen Einwohnern das Leben zu schenken, jene aber, so Widerstand geleistet hatten, dem Tode zu überantworten. Wir predigen unserem Volke Unterwürfigkeit, damit es vor dem Untergang bewahrt werde... Man trocknet nicht Wasser mit Wasser und löscht nicht Feuer mit Feuer. So wird auch die Gewalt nicht durch Gewalt überwunden, denn sie ist selbst vom Uebel.“

Darauf antwortete Menachem, der Sohn Jehudas, unbeirrt: „Gewalt ist weder Wohltat noch Uebel, sie ist Gewalt; wohl oder übel ist nur ihre Anwendung. Die Gewalt des Armes ist ein Uebel, wenn er zum Raub und zur Bedrückung Schwacher erhoben ist; wird er aber zur Arbeit oder zur Verteidigung des Nächsten erhoben, dann ist seine Gewalt eine

Wohltat. Wahr ist: man löscht nicht Feuer mit Feuer und trocknet nicht Wasser mit Wasser, doch den Stein zerschmettert man mit dem Stein, den Stahl wehrt man mit dem Stahl ab und Gewalt mit Gewalt. Die Uebermacht der Römer ist das Feuer, eure Demut aber — Holz. Das Feuer wird nicht einhalten, ehe es das ganze Holz gefressen hat.“

Die „Legende“ schließt mit dem Gebet Menachems: „O Adonai! Laß uns nie, solange wir leben, dem heiligen Gebote untreu werden: dem Kampf wider Unrecht... Laß uns nie die Worte sprechen: retten wir uns selber und überlassen wir die Schwachen ihrem Schicksal... Auch ich glaube, o Adonai, daß dein Reich auf Erden kommen wird. Verschwinden wird Gewalt und Unterdrückung, die Völker werden zum Fest der Verbrüderung zusammenströmen, und nie mehr wird Menschenblut von Menschenhand vergossen werden.“

(Aus dem Vorwort zu Korolenko: „Geschichte meines Zeitalters“.)

Kleines Feuilleton

Ein Moskauer Zigeunertheater.

Seit Anfang d. J. spielt in Moskau ein „Nationaltheater der Zigeuner“, dessen Direktor ein Zigeuner, dessen Regisseur aber ein Mitglied des Moskauer Jüdischen Theaters ist. Die Schauspielerschaft rekrutiert sich durchweg aus Zigeunern, die in frischer und lustiger Weise die Entwicklung ihres Volkes zu zeigen wissen. Wie der Direktor der Bühne mitteilt, waren diese Zigeunerschauspieler bis vor kurzem Analphabeten.

Im Zeitalter der „Bühnenkollektive“.

In Berlin sind in jüngster Zeit die „Kollektive“ Mode geworden. Zu den vielen „Gruppen“, „Gemeinschaften“ usw. kommt nun ein neues Kollektiv, das den Namen „Berliner Ensemble“ trägt und demnach mit Dr. Freys „Schade um die Frau“ debütiert.

Auslandserfolg Joe Lederers.

Die amerikanische Uebersetzung von Joe Lederers Roman „Musik der Nacht“ ist soeben erschienen, eine schwedische und dänische Uebersetzung ist in Vorbereitung. In Dänemark erscheint außerdem „Das Mädchen George“ und „Drei Tage Liebe“, in Holland sind bereits Uebersetzungen von „Das Mädchen George“ und „Musik der Nacht“ erschienen. Joe Lederer gehört derzeit zu den im Ausland am meisten beachteten deutschen Schriftstellerinnen.

Die Zeppelin-Arktisfahrt 1931.

In der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Berlin, hielten Professor Samoilowitsch und Professor Weickmann Vorträge über die Ergebnisse der Zeppelin-Arktisfahrt 1931. Professor Samoilowitsch gab Aufschluß über die geophysikalischen und geographischen Resultate der Fahrt. Er erzählte von dem Nebel über Nordland, der so stark war, daß die Mitglieder der dort für drei Jahre eingerichteten Radiostation wohl das Geräusch der Motoren über sich hinwegbrausen hörten, ohne das Luftschiff selbst jedoch sehen zu können. Ueber die speziell meteorologische Ausbeute sprach dann Professor Weickmann, der u. a. die Original-Meßapparate vorführte. Diese Apparate, die durch kleinere Ballons bis in die Stratosphäre über 17 Kilometer aufstiegen, gaben durch einen winzigen, eingebauten Sender Aufschlüsse über die meteorologischen Verhältnisse in diesen Höhen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

2. Fortsetzung

Wie Hammer so mit seinen Gedanken beschäftigt das Hans betrat, prallte er mit Frau Bader zusammen.

„Herr Kommissär!“ rief Frau Bader, „ein Glück, daß ich Sie treffe. Denken Sie an, so eine Frechheit. Geht da vorhin die Hedi, die Rotznase, zur Tür hinaus. No, hab' ich gesagt, wer ist denn eigentlich der Vater zu Ihrem Kind? Was glauben Sie, was die Rotznase, die dreckige, mir geantwortet hat? Das geht Sie nichts an, hat sie gesagt. Haben Sie Worte, Herr Kommissär? Da muß die Polizei einschreiten. Das kann man sich nicht bieten lassen. Sie müssen helfen, Herr Kommissär.“

Sie sagte immer „Herr Kommissär“ zu Hammer. Das klang gewichtiger als einfach „Schutzmann“.

Hammer sorgenvolles Gesicht wurde freundlich und hilfsbereit, als er diese Worte hörte.

„Jawohl, Frau Bader,“ sagte er, „es ist wirklich schlimm mit dieser Gesellschaft. Die Kinder haben halt keine Erziehung und keine Bildung. Wo soll's denn auch herkommen? Der Vater, Sie haben ihn ja noch gekannt, meinen Kollegen Wehner, war halt ein Mensch,

mit dem nichts los war, beim Amt hat's auch immer geheißt, den kann man zu nichts brauchen, und die Mutter, die tangt auch nicht viel. Also, woher sollen die Kinder Erziehung und Bildung haben?“

„Recht haben Sie,“ sagte Frau Bader, „und deshalb muß eben die Polizei her. Dafür ist die Polizei da. Sie müssen das machen, Sie können alles, Herr Kommissär.“

Hammer war sichtbar geschmeichelt.

„Wissen Sie was,“ sagte er zu Frau Bader, „wir müssen einmal den ganzen Komplex von Fragen besprechen.“ Er wurde förmlich größer, wie er „Komplex von Fragen“ sagte. Das Wort imponierte ihm. Er hatte es einmal auf dem Amt aufgeschrieben. Seitdem gebrauchte er es immer bei feierlichen Gelegenheiten.

Frau Bader schaute bewundernd zu ihm in die Höhe.

„Ja, der Komplex ist's,“ sagte sie anerkennend. Sie wackelte dabei ernsthaft mit dem Kopf.

„Und zu diesem Zweck,“ fuhr Hammer fort, „kommen Sie einmal heute Abend hinauf zu uns. Um acht Uhr. Dann wird sich das weitere schon finden.“

Mit glückstrahlendem Gesicht kehrte Frau Bader in ihre Wohnung zurück.

5.

Als Frau Bader abends zur Familie Hammer kam, war ein Kaffeetisch gedeckt. Frau Hammer hatte einen Käsekuchen gebacken. Während Frau Bader noch den Kuchen in die Kaffeetasse tunkte und dann das triefende Stück in den Mund schob, lehnte sich Hammer behaglich in seinen Stuhl zurück, zündete eine Zigarre an und fing an, der Frau Bader die Situation zu erklären.

„Sehen Sie,“ sagte er, „es gibt verschiedene Sorten von Menschen auf der Welt. Die einen sind etwas, die anderen sind nichts. Ueber allen stehen wir von der Polizei. Wenn eine Arme einläuft, wer ist es, der die Sache macht. Wir, nur wir allein. Nun ja, das Gericht hat ja auch noch dreinzureden. Aber was will denn das Gericht machen? Die wissen immer nur, was wir von der Polizei ihnen berichten. Das Gericht muß tanzen, wie wir pfeifen. Und wenn einmal ein Zeuge sagt, er hätte anders ausgesagt, als wir berichtet haben, dann ist er schon aufgeschmissen. Uns wird dann geglaubt, wir sind ja von der Polizei, und der Zeuge, der darf froh sein, wenn er nicht noch wegen Meineid reinkommt. Sehen Sie, Frau Bader, unsereiner erlebt ja allerhand. Besonders mit den Advokaten. Da gibt's manchmal einen, der glaubt, er könnte gegen uns an. Der fliegt aber schön rein. Erst gestern habe ich wieder so etwas erlebt. War da eine Verhandlung vor dem Schöffengericht wegen Körperverletzung. Elf

Zeugen waren geladen. Alle habe ich vorher im Vorverfahren vernommen gehabt. Die Sache war mit meinem Bericht schon erledigt; Verhandlung hätte es gar nicht mehr gebraucht. Ich war auch als Zeuge geladen. Selbstverständlich muß der Kriminalbeamte immer dabei sein, sonst kann ja das Gericht nicht wissen, was es machen soll. Also, wie wir außen gewartet haben, die Zeugen und ich, da habe ich den Zeugen gesagt, meine Herren, hab' ich gesagt, wenn Sie jetzt hereinkommen, hab' ich gesagt, dann sagen Sie einfach, Sie beziehen sich auf die Aussage, die Sie bei dem Kriminalbeamten in der Voruntersuchung gemacht haben. Dann ist die Sache schon aus, hab' ich gesagt, Sie brauchen nicht lange auszusagen, und dem Gerichte habe ich schon alles berichtet. Werden Sie etwas gefragt, hab' ich gesagt, dann sagen Sie einfach, Sie können sich auf nichts mehr erinnern. Auf einmal werde ich hineingerufen in den Saal. Sitzt da drinnen so ein kleiner Advokat, Geyer heißt er, Dr. Geyer, ein Jud, fährt der Kerl auf mich los:

„Haben Sie den Zeugen gesagt, sie sollen sich auf ihre frühere Aussage beziehen, haben Sie den Zeugen gesagt, sie sollen ausagen, daß sie sich nicht mehr erinnern können?“

Was glauben Sie, daß ich gemacht habe, Frau Bader, was glauben Sie? Einfach überhaupt nicht geantwortet hab' ich. Den Rechtsanwalt hätten Sie sehen sollen, wie der aufbegehrt hat, Zeugenbeeinflussung, Meineidverleumdung und lauter solches Zeug hat er dahergeredet, der Dummkopf.“

(Fortsetzung folgt)

Vor einem Koalitionsexperiment in Oesterreich?

Otto Bauers Programmrede und ihre Kritik

„Der Parteitag kann nicht an der Aufgabe vorbeigehen, zu verhindern, daß aus der Wirtschaftskrise eine Vertrauenskrise in der Partei wird.“

Das Wort, das wir als Motto an die Spitze gestellt haben, zeigt blitzlichtartig die innere Situation, in der sich die österreichische sozialdemokratische Partei befindet. Es ist gesprochen worden von der Genossin Käthe Leichter, ist gerichtet gewesen gegen das Referat Otto Bauers. Betrachtet man die Ausführungen der Diskussionsredner, soweit sie in der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom Sonntag veröffentlicht sind, so ist die kritische Stimmung auf diesem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie die vorherrschende. Auch darin traf Käthe Leichter den Kern der Sache, wenn sie feststellt, daß ein Widerspruch besteht zwischen der Mahnung in der Zeit der Konjunktur: „Jetzt ist es nichts mit dem Sozialismus, jetzt ist der Kapitalismus mächtig und stark“ und der anderen in der Zeit der Krise: „Jetzt heißt es vorsichtig sein, in der Zeit des schlechten Wirtschaftsganges geht es auch nicht.“ Bezeichnend für die Stimmung ist es auch, daß der Schlußsatz dieser Debatterednerin: Heraus mit dem Linzer Programm aus seinem Winkel, daß diese Mahnung mit stürmischem Beifall aufgenommen worden ist.

Tatsächlich zeigt das groß angelegte

Referat Otto Bauers

einen inneren Widerspruch. Er kommt am deutlichsten zum Ausdruck bei der Koalitionsfrage. Die Ausführungen Bauers darüber decken sich im wesentlichen mit seinem Artikel, den wir im Auszug bereits unseren Lesern zur Kenntnis gegeben haben. Es soll nicht verkannt werden, daß die Situation für die österreichische Sozialdemokratie ungeheuer schwierig ist. Bauer hat auch recht, wenn er erklärt, daß sich heute eine revolutionäre Diktatur in Oesterreich nicht auch nur vierzehn Tage behaupten könne, daß die Voraussetzung sei eine Revolution, die ringsum durch andere Länder gehe. Dann aber warnt Bauer zwar eindringlich vor dem Eintritt in eine Koalitions- oder Konzentrationsregierung mit bürgerlichen Parteien, da die Sozialdemokratie so nur die Geschäfte des zusammenbrechenden Kapitalismus mitbesorgen würde, aber die nächsten Sätze lassen doch schon durchblicken, daß diese „eindringliche Warnung“ mehr eine Konzession an die Stimmung der Massen ist, als daß sie der politischen Ueberzeugung des Führers der österreichischen Sozialdemokratischen Partei im tiefstem entspreche. Denn diese Sätze lauten:

„Ich will nicht sagen, daß das für immer gilt. Die Dinge können sich sehr zuspitzen, in ein paar Monaten vielleicht in ein paar Wochen. Die ganze Lage des Landes, die ganze Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise kann in nicht ferner Zeit einen Zustand erzeugen, wie der, von dem unser Parteiprogramm spricht: es könne eine Situation kommen, in der die Bourgeoisie nicht mehr und das Proletariat noch nicht imstande ist, die Republik allein zu regieren und daher eine zeitweilige Kooperation der beiden unvermeidlich und unabwendbar sein kann. Ich kann mir gewiß vorstellen, daß dann, wenn die Bourgeoisie zur Gänze am Ende ihres Latens sein wird, ein Zustand kommen kann, wie etwa im Herbst des Jahres 1918, in dem wir in die Regierung nicht nur gehen können, sondern gehen müssen, ein Zustand aber, wo das nicht mehr bedeuten würde, den Eintritt von Sozialdemokraten als dienendes Glied in eine bürgerliche Regierung, sondern das bedeuten würde, was es im Herbst 1918 bedeutet hat: die Ueber-

Majorisiert

Der oppositionelle Gegenantrag vom Unterhaus abgelehnt

London, 13. November.

Das Unterhaus lehnte Freitag abend mit 322 gegen 38 Stimmen den Gegenantrag der Opposition zur Thronrede ab.

Vorher warf Austen Chamberlain den Sozialisten vor, daß sie auch heute noch nicht die tatsächliche Lage Englands verstünden. Sie schätzten die Vaterlandsliebe und den gesunden Menschenverstand des englischen Volkes gänzlich falsch ein. Die Regierung forderte er zu schnellen Entschlüssen auf.

Baldwin betonte, daß die Krise noch andauere, und daß daher die Minister freie Hand für ihre Maßnahmen hätten. Eine besonders wichtige Aufgabe sei es, die innere Inflation zu vermeiden.

Die Reparations- und Kriegsschuldenfrage sei die bei weitem schwierigste Frage. Eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland sei eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Lösung der Frage. England sei interessiert daran, daß die notwendigen internationalen Verhandlungen baldigst begonnen und ohne Zeitverlust fortgesetzt werden. Es könne aber kein Abkommen ohne Englands Zustimmung zustande kommen.

Nach der Telegraf-Union hat dann Baldwin für den Vorrang der privaten Schulden, d. h. der englischen Kredite an Deutschland, vor den Reparationszahlungen plädiert.

nahme der Führung der Republik durch die Sozialdemokratie.“

Wir fürchten, daß Otto Bauer hier einer gefährlichen Illusion zum Opfer fällt. Die Diskussionsrede des Brucker Delegierten Wallisch hätte seiner Zuversicht schon eigentlich den Todesstoß versetzen müssen. Denn dieser Genosse brachte erschütternde Dokumente bei für die übliche Methode des kapitalistischen Bürgertums, die wir in Deutschland ja so gut kennen: die mörderischen Faschisten werden geschont und gestreichelt, auch und gerade wenn sie Arbeiter ermordet haben, während die Arbeiter für Kleinigkeiten hart bestraft und Beamte, die ihre Pflicht auch den Hahnenschwanzlern gegenüber erfüllen, strafversetzt werden.

Es würde zu weit führen, auf die Fülle der Probleme einzugehen, die Otto Bauer behandelt hat, sei es die Charakterisierung des russischen Experimente, dem bekanntermaßen Otto Bauer bei aller Kritik sehr positiv gegenübersteht, sei es die

Resolution über die politische und wirtschaftliche Lage

Die Massennot unserer Zeit, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, der Lohndruck in den Privatbetrieben sowie im ganzen öffentlichen Dienst, der Ruin unzähliger Kleinbürger und das Elend der Arbeitsbauern sind die Folgen der Weltkrise des Kapitalismus, die Begleiterscheinung der schwersten Erschütterung der kapitalistischen Weltwirtschaft.

In Oesterreich wird die Wirtschaftskrise verschärft durch das bürgerliche Regierungssystem,

das der Wirtschaftskrise tatenlos gegenübersteht, das alle sozialdemokratischen Vorschläge zur Milderung der Krise ablehnt, selbst aber keine Vorschläge zu erstatten hat; das den Hochverrat der kapitalistischen Wirtschaftsführer an der Volkswirtschaft ebenso ungesühnt läßt wie den Hochverrat der aristokratischen Putschisten an der Republik.

Der Parteitag fordert

im Namen der Opfer der Krise ungeschmälerter Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandsanhilfe; Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden wöchentlich; gesetzliche Beschränkung des Doppelverdienstes und obligatorischen Arbeitsnachweis.

Der Parteitag erklärt, daß die Wirtschaftskrise nicht anders überwunden werden kann, als durch den Uebergang vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus, von der kapitalistischen Anarchie zur staatlichen Planwirtschaft.

wie ihn das am 13. September veröffentlichte Wirtschaftsprogramm der Partei und der freien Gewerkschaften weist.

Das Hamburger Urteil

Verurteilung wegen Totschlags

Hamburg, 16. November.

Im Hanning-Prozeß wurde heute das Urteil des Gerichts verkündet. Es wurden verurteilt wegen gemeinschaftlichen Totschlags, wegen gemeinschaftlichen Versuchs zum Totschlag, wegen gemeinschaftlicher Nötigung und wegen unbefugten Tragens von Schusswaffen Jansen zu 7 Jahren Zuchthaus, Bammel zu 6 Jahren Zuchthaus und Höckmayer zu 7 Jahren Zuchthaus. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Die Bußanträge der Nebenklägerin Rieck werden abgelehnt.

Aufgabe des französischen Mandats über Syrien?

London, 16. November.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph weiß zu berichten, daß die französische Regierung die künftige Stellung Syriens ernstlich in Erwägung ziehe. Angesichts des Ablaufs des britischen Mandats über den Irak im September nächsten Jahres und des Stärkerwerdens der syrischen Unabhängigkeitsbewegung seien bei einer Fortsetzung des französischen Mandats über Syrien zunehmende Schwierigkeiten zu erwarten. Während Paris infolgedessen an die Möglichkeit einer Aufgabe des Mandats denke, wolle es dieses unter keinen Umständen einer anderen Macht, am allerwenigsten Italien, zufallen lassen. Eine der Möglichkeiten, die in Erwägung gezogen würden, sei die Proklamierung des Feisal vom Irak zum König von Syrien. Bei einer solchen Personalunion, so schließt der Korrespondent, würden sich die Franzosen natürlich durch Verträge eine bevorzugte Stellung in Syrien sichern.

Das Verbrechen. Acht kanadische Kommunistenführer sind für schuldig erklärt worden, Mitglieder einer ungesetzlichen Vereinigung zu sein, da in Kanada der Kommunismus als ungesetzlich gilt.

Frage des Staatskapitalismus als Uebergangsphase zum Sozialismus, wobei nur zu bemerken wäre, daß hierbei die Politik des „kleineren Übels“, die die österreichische Sozialdemokratie damals glaubte betreiben zu müssen, nach dieser Richtung hin keine reifen Früchte getragen hat. Im Gegenteil!

Trotz seiner taktischen Wendung zur Koalition bin ich der Führer der österreichischen Sozialdemokratie klar darüber, daß zuletzt alle Hoffnung auf dem Vertrauen und der Kraft der breiten Massen ruht, denen er unter tosendem Beifall für den Abwehrkampf gegen den Faschismus die Parole gibt: Die Freiheit oder den Tod!

Aber, das möchten wir zum Schluß sagen, diese Parole wird nur dann zünden und breite Massen hinter sich bringen, wenn die Oesterreichische Sozialdemokratie nicht durch falsche Koalitionsexperimente das Vertrauen in ihren klassenkämpferischen Führungswillen erschüttert hat.

Kann die Wirtschaftskrise nur überwunden werden durch die Ueberwindung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung, so schafft die Erschütterung des Weltkapitalismus durch die Wirtschaftskrise selbst die Voraussetzungen dieser Ueberwindung.

Der Faschismus

ist nichts anderes als der Versuch der Kapitalisten und Aristokraten, den Groll der durch die Krise des Kapitalismus verelendeten Massen vom Kapitalismus auf die Demokratie abzuwenden, um mit der Demokratie die Bewegung, Organisations- und Kampfesfreiheit der Arbeiterklasse gewaltsam zu vernichten und dadurch die wankende kapitalistische Gesellschaftsordnung zu retten.

Der Parteitag fordert daher die Arbeiterklasse auf, jedem neuerlichen Versuch des Faschismus, die Demokratie gewaltsam zu vernichten,

die Gewalt der Arbeiterklasse entgegenzusetzen,

um mit den faschistischen Landsknechten ihre kapitalistischen und aristokratischen Dienstherrn zu schlagen.

Der Parteitag fordert die Arbeiterklasse auf, mit der Demokratie ihre eigene Bewegung, Organisations- und Kampfesfreiheit mit allen ihren Kampfsmitteln zu verteidigen, damit, sobald im Gefolge der Weltwirtschaftskrise die Stunde der Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der großen Welt schlagen wird, auch die österreichische Arbeiterklasse sie ausnützen kann zur Ueberwindung der bürgerlichen Klassenherrschaft im Staat und der kapitalistischen Herrschaft über die Volkswirtschaft.

Der „Klassenkampf“ erscheint weiter

Die nächste Nummer am 1. Dezember

Der Laub-Verlag, dem die Herausgeber des „Klassenkampf“, die Genossen Max Adler, Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel, das Verlagsrecht des „Klassenkampf“ übertragen hatten, hat durch sein Verhalten die Beziehungen zu den Herausgebern des „Klassenkampf“ abgebrochen. Nach dem zwischen den beiden Vertragsparteien abgeschlossene Vertrag fällt bei Beendigung des Vertrages das Verlagsrecht für den „Klassenkampf“ an die Herausgeber zurück. Nach dem Verhalten des Laub-Verlages, nach seinen diversen politischen Erklärungen im Inseratenteil blieb nichts anderes übrig, als die von beiden Vertragspartnern beantragte sofortige Vertragslösung. Die letzte Entscheidung darüber schwebte noch und darum haben die Herausgeber des „Klassenkampf“ loyalerweise mit der Herausgabe der nächsten Nummer des „Klassenkampf“ bis zur endgültigen Entscheidung zurückgehalten wollen.

Inzwischen aber hat der Laub-Verlag das Adressenmaterial der „Klassenkampf“-Abonnenten, das er nach Beendigung des Vertrages den Herausgebern hätte aushändigen müssen, benützt, und hat allen Abonnenten des „Klassenkampf“ eine neue Zeitschrift geschickt, auf der vermerkt wurde, daß das die Fortsetzung des „Klassenkampf“ sei. Mit dieser Uebersendung der neuen Zeitschrift, die mit dem „Klassenkampf“ gar nichts zu tun hat, sollte bei den Abonnenten der Eindruck erweckt werden, als ob der „Klassenkampf“ nicht mehr erschienen. Und die „Leipziger Volkszeitung“ hat sofort freudestrahlend gemeldet: „Der „Klassenkampf“ liquidiert“, was vielleicht für den Klassenkampf der „Leipziger Volkszeitung“ zutreffen mag, nicht aber für unsere Zeitschrift.

Der „Klassenkampf“ erscheint in alter Form und alter Aufmachung weiter. Nur nicht mehr im Laub-Verlag, sondern in unserer „Freien Verlagsgesellschaft“, Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 67. Dorthin sind alle Bestellungen für den „Klassenkampf“ zu richten, dorthin sind für die Lieferung vom 1. Dezember ab auch alle Zahlungen zu richten (Postscheckkonto Berlin Nr. 151 261).

Die nächste Nummer des „Klassenkampf“ erscheint zum 1. Dezember. Der „Klassenkampf“ wird jetzt das so dringend nötige sich über die theoretische Grundlage und über

Zum Bütteldienst für Mussolini

Bassanesi unter den Verhafteten!

Konstanz, 11. November.

Die „Baseler Nationalzeitung“ verzeichnet ein seit Freitag früh sich hartnäckig erhaltendes Gerücht, daß die Italiener, die im Zusammenhang mit der Flugzeuglandung festgenommen worden sind, niemand anders seien als Bassanesi, Tarchiani und Roselli, die im Juli 1930 von Lodrino bei Bellinzona aus einem faschistenfeindlichen Werbeflug über Mailand durchgeführt hatten. Bekanntlich verunglückte Bassanesi auf dem Rückfluge am St. Gotthard und wurde wegen Verletzung der schweizerischen Luftverkehrsvorschriften in einem Prozeß in Lugano zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In dem vierten Verhafteten, der sich als ein belgischer Graf von Looz ausgibt, vermutet man jenen Unbekannten, der Bassanesi auf seinem Fluge nach Mailand begleitete und bei einer auf dem Rückflug vorgenommenen Zwischenlandung im Tessin spurlos verschwand. Das Gerücht will wissen, daß es sich hierbei um einen Sohn des früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti handelt. Die Oberstaatsanwaltschaft weigert sich, zu diesen Gerüchten irgendwie Stellung zu nehmen.

Gesteigerte Pogromhetze in Polen

Warschau, 16. November.

In Lowicz demonstrierte gestern abend polnisch-nationalistische Jugend gegen die Juden. In zahlreichen jüdischen Geschäften wurden die Schaufenster eingeschlagen. Die ausgelegten Waren wurden geraubt. Mehrere Juden wurden verprügelt. Ein jüdischer Sejmabgeordneter hat wegen dieser Exzesse bei der Regierung interpelliert.

Nationalistische Agitatoren versuchten gestern in mehreren Städten des Kohlengebietes von Sosnowitz antisemitische Unruhen herbeizuführen. Polizei zerstreute die Demonstranten. In Alt-Sosnowitz wurden jüdische Passanten mehrfach belästigt.

Neuwahlen in Griechenland?

Die griechische Kammer ist für Montag, den 16. November 1931, einberufen worden. Nach Beendigung dieses letzten Tagungsabschnittes müssen Neuwahlen ausgeschrieben werden, da die gesetzliche Lebensdauer von vier Jahren im August 1932 abläuft. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß für die Wahlen ein früherer Termin angesetzt wird.

Inflationspanik in Athen. In Athen wurde durch das Gerücht, die Regierung plane eine Zwangsanleihe durch Haibierung des Wertes des Papiergeldes, eine Panik verursacht. Es setzte ein förmlicher Sturm auf die Geschäfte ein, um das Papiergeld in Waren einzutauschen, wobei besonders von den Hausfrauen riesige Vorräte aufgekauft wurden. Später verweigerten aber auch die Geschäfte die Annahme der Papierdrachmen. Auch auf den Straßenbahnen und Autobussen wurde Hartgeld verlangt. Amtlicherseits wird erklärt, daß die Gerüchte über eine Zwangsanleihe unbegründet sind.

die neue Bewegung intensiver unterrichten will, lesen muß. Im übrigen wird der „Klassenkampf“ seinen unterrichtenden, informierenden Charakter beibehalten und auch von derselben Redaktion wie bisher geleitet werden.

Wir bitten alle Abonnenten des „Klassenkampf“, die den Laub-Ersatz für den „Klassenkampf“ nicht haben wollen, dies unverzüglich der „Freien Verlagsgesellschaft“, Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors, mitzuteilen, damit keine Störung in der Belieferung eintritt. Dies gilt vor allem für diejenigen Bezieher, die bisher den „Klassenkampf“ durch eine Buchhandlung der sozialdemokratischen Parteizeitungen bezogen. Wenn die den Bestellern den „Klassenkampf“ nicht weiter liefern wollen, so wenden diese sich direkt an uns nach Berlin oder an die örtliche Parteileitung der SAP mit der Bitte, von der Parteileitung einen Genossen mit dem Literaturvertrieb zu betrauen, der für den gesamten Ort Vertrieb und Kassierung des „Klassenkampf“ übernimmt.

Diejenigen Abonnenten des „Klassenkampf“, die bereits für den Monat November und Dezember an den Laub-Verlag gezahlt haben und die die „Marxistische Tribune“, der übrigens untersagt worden ist, weiter zu schicken, daß sie an Stelle des „Klassenkampf“ erscheint, nicht nehmen, sondern weiter den „Klassenkampf“ wollen, können vom Laub-Verlag die gezahlten Beiträge zurückfordern.

Der „Klassenkampf“ erscheint monatlich einmal und kostet monatlich 0,45 M. Zahlungen für Monat Dezember sind möglichst schon jetzt zu senden an die „Freie Verlagsgesellschaft“, Postscheckkonto Berlin Nr. 151 261.

Kolporteur und Vertriebsobleute melden sich bei der „Freien Verlagsgesellschaft“, Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 67.

3000 Tote?

Ruhrepidemie in Belgisch-Kongo.

Wie aus Belgisch-Kongo gemeldet wird, ist in dem dortigen Distrikt Kwango eine schwere Rubrepidemie ausgebrochen. Bisher sind 3000 Todesfälle zu verzeichnen.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Berlin-Brandenburg

Fußball. 1. Klasse

Ueberraschungen in der Kreisklasse! Luckenwalde I verliert einen sehr wichtigen Punkt gegen Lichtenberg II. Adler 08 sogar zwei Punkte gegen Hertha 11.

Ein Sonntag nach dem Geschmack der Sensationshungrigen! Luckenwalde I, ersatzgeschwächt und durch die hohe Niederlage Lichtenbergs am Versonntag getäuscht, war nicht wiederzuerkennen und spielte sich buchstäblich fest. Das Endergebnis (1:1) stand schon zur Halbzeit fest, nachdem Lichtenbergs Läuferreihe diesmal durch taktisch richtiges Deckungsspiel alle Ausreißversuche der Außenleute im Keime erstickte. Allerdings kam den Leuten aus dem Osten das Fußballglück zu Hilfe. Reinickendorf ist der lachende Dritte, sie stehen jetzt punktgleich mit Luckenwalde I.

Adler leistete sich zum zweiten Male in dieser Spielzeit eine Unterschätzung des Gegners. Bis Halbzeit kam Hertha — wohl aus Furcht vor dem großen Gegner — nur zu einem Unentschieden (1:1), dann drehten aber die Provinzler mächtig auf und jagten den verdutzten „Adlern“ noch dreimal das Leder in die Maschen. Hertha rückt auf den zweiten Platz, und Adler? Wo bleibt der Anschluß an die Spitze?

Eine gut gelungene Werbung führte Luckenwalde II durch, die sich die Brandenburger Genossen verpflichtet hatten. Die ersten Mannschaften trennten sich nach flotten und äußerst fairem Spiel 6:2 für Luckenwalde II, bei den zweiten Mannschaften drehten die Havelstädter den Spieß um (6:3); ihre Jugend erzielte gegen Luckenwalde II Jugend ein ansprechendes 2:2.

In Berlin hatte der „Exer“ seinen Tag! Saxonia 28 und Vorwärts-Wedding, Gegner und doch Freunde in vielen Treffen, warben für den zweiten Bezirk durch ein muster-gültiges, flottes Spiel. Vorwärts tritt endlich einmal wieder mit voller Mannschaft an. Schon in der zweiten Minute heißt es 1:0, als der Halbrechte von Vorwärts eine Flanke des Linksaußen verwandelt. Flüssiges Kombinationsspiel (2:0), Geplänkel vor dem Vorwärtstor bleiben ohne Erfolg für die Saxonen, die Stürmer stehen falsch oder entschließen sich zu spät zum Schuß. Das Halbeitergebnis (3:0) wird durch eine Flanke des Rechtsaußen erzielt, die der Schlußmann der Exerleute verpaßt. Nach dem Wechsel spielt Vorwärts verhalten, bringt einen unhaltbaren Schrägschuß an. Saxonia kämpft verzweifelt um das längst verdiente Ehrentor. Vorwärts' Tormann hilft ihnen; eine Flanke dreht er mit der Faust ins eigene Netz. Vor Schluß stellt der Mittelstürmer aus dem Wedding das alte Verhältnis her: 5:1.

Weitere Ergebnisse:
2. Bezirk: Blankenburg I—Adler-Bez. 4:2 (3:2); Hansa 31 I—Freie Scholle I 6:2 (3:1); Hansa 31 II—Butab II 3:2 (0:0); Hansa 31 III—Adler 08 III 1:3 (0:3); Pankow I—Eintracht I 1:1 (1:1); Pankow II gegen Blankenburg II 7:0 (4:0); Pankow III gegen Karow I 2:0 (1:0).

1. Bezirk: ASV-Neukölln I—Britz 88 I 3:1 (3:0); ASV-Neukölln II—Britz 88 II 2:2 (1:0); Normannia I—FTGB. Osten I 9:2; Normannia II—Eiche-Bohndorf I 5:5; Normannia III—ASV-Neukölln III 2:3.

Jugend: Nowawes — Vorwärts-Wedding 2:2; Normannia I—Lichtenberg I 3:1; Normannia II—Eintracht-Rif. 2:6.
Odergruppe: Auch die Odergruppe hatte ihren großen Tag! Vorwärts-Freienwalde, ersatzgeschwächt, war drauf und dran, dem Meister der Gruppe, Herta-Neuehagen, einen Punkt zu entreißen. Vor über 600 Zuschauern — einer Rekordzahl für die Verhältnisse im bürgerlichen Freienwalde — gelangt Herta ein knappes 2:1 (2:0), allerdings nur mit starkem körperlichen Einsatz. Immerhin, man muß den Ehrgeiz und den Zusammenhang der Genossen aus dem Ziegeldorf anerkennen. Die II. Mannschaften erzielen infolge der guten Hinterleute beiderseits nur ein Unentschieden (1:1), allerdings hilft den Herta-Leuten dabei die Ueberkombination der Freienwalder.

ASV Schöneberg-Friedenau 07

Das Werbehallenfest des ASV beginnt am Bußtag um 16 Uhr in der Turnhalle der Mittelschule, Schöneberg, Rätherstraße. Für alle Sparten Spiel- und Startverbot. Sämtliche Sportler treten in Spartenkleidung um 15 Uhr an. — Am Donnerstag, dem 19. November, hält Genosse Dr. Schütte im Jugendheim, Hauptstraße 15, Rheinlandzimmer, einen Vortrag über „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“ für die Schwimmerjugend. — Die Schwimmabteilung des ASV badet Dienstags um 19.15 Uhr, Freitags um 20.45 Uhr im Stadtbad, Schöneberg, Hauptstraße 39.

Um die Osnabrücker

Bezirksmeisterschaft

Am Sonntag fand in Nordhorn das erste Spiel um die Bezirksmeisterschaft 1931 statt, in dem sich der Osnabrücker Sportklub und die Nordhorner als gleichwertige Gegner gegenüberstanden. Trotzdem die Nordhorner knapp unterlegen waren, muß man ihrem Spiel restlose Anerkennung zollen. Die Nordhorner haben sich derart überraschend verbessert, daß man mit den Leistungen, wie sie der Sonntag zeigte, nicht gerechnet hätte. Die Osnabrücker hatten in der ersten Halbzeit drei schöne Erfolge zu verzeichnen. Nach einer torrichterlichen Entscheidung kämpften die Osnabrücker allerdings nur matt weiter; sie ließen viele günstige Momente unausgenutzt vorübergehen. Im Tor konnte besonders Dorsten durch schöne Leistungen gefallen. Nach anfänglich recht günstigem

Spiel der Nordhorner, kommen aber die Osnabrücker immer heftiger durch; ihr Sturm ist nicht mehr zu halten. Bei den Gegenangriffen Nordhorns zeigt sich eine schöne Kombinationstechnik, das allerdings gegen den scharfen Osnabrücker Sturm zu wenig forciert ist. Mit aller Energie versuchen die Nordhorner das bisherige Resultat, 2:0 für Osnabrück, zu verbessern, aber die Osnabrücker Verteidigung arbeitet bewundernswürdig.

Nach Wiederbeginn will kein rechter Schwung aufkommen. Nordhorn muß sich mit einer harten Entscheidung des Schiedsrichters zufriedengeben, der den Mittelstürmer ohne Verwarnung aus dem Spielfeld weist. Trotz aller verzweifelten Anstrengungen, trotz des frischen und technisch einwandfreien Spiels, ja trotz aller Aufmunterungen des Publikums muß sich Nordhorn mit dem knappen Sieg der Osnabrücker, der mit dem Torverhältnis 3:2 gekennzeichnet ist, zufriedengeben. Jedenfalls haben sie den Osnabrücker den Sieg schwer gemacht. Aber beide Vereine konnten mit Genugtuung den Platz verlassen: sie hatten ein durchaus schönes und hochwertiges Spiel geliefert. Das dürfte mehr wert sein als ein Sieg. — Am Sonntag findet in Osnabrück der Schlußkampf statt, auf den man allgemein in anbetend dem ungewissen Ausgangs gespannt sein darf.

Schwimmfest in Düsseldorf

Am Totensonntag findet in Düsseldorf das traditionelle Novemberschwimmfest der Freien Schwimmer statt. Es wird, wie in den Jahren vorher, in der Form eines Vereinskampfes

zwischen Düsseldorf—Hannover—Wuppertal—Köln durchgeführt. Die Novemberschwimmfeste der Freien Schwimmer Düsseldorf waren immer Höhepunkte im gesamten Düsseldorfer Schwimmsport, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in diesem Jahre der sportliche und propagandistische Erfolg ein noch größerer wird. Die straffe technische Organisation und das gute Wettkämpfermaterial, was alle beteiligten Vereine stellen können, verbürgen ein in jeder Beziehung erfolgreiches Schwimmfest. Höhepunkte der Veranstaltung werden die Bruststaffette 4x100 m, Lagenstaffette 4x100 m, Kunstspringen und, alles andere überragend, das Wasserballspiel Düsseldorf (Westdeutscher Meister) gegen Hannover (Nordwestdeutscher Meister) sein. Im Training wurden so gute Ergebnisse erzielt, daß man mit sehr großer Bestimmtheit rechnet, in der 4x100 m Bruststaffette eine neue Bundesbestleistung zu schaffen, die erst vor einigen Monaten von Magdeburg mit 5.50 Min. aufgestellt wurde. In der gleichen Staffette haben die Frauen dasselbe Streben. Unterbrochen werden die Wettkämpfe zum Vereinskampf durch einige volkstümliche Darbietungen, Rahmenkämpfen, an denen außer einigen westdeutschen Vereinen auch Mannschaften aus Utrecht und Amsterdam teilnehmen, und einer „Ersten Mahnung an Alle“ der Rettungsschwimmer, die einige Szenen aus dem wirklichen Baderleben am Strom und See zeigen. Der Höhepunkt, das Wasserballspiel Hannover-Düsseldorf, wird Zuschauer und Spieler bis zum letzten Pfiff in Spannung halten und wird von beiden Seiten, trotz der Spannung, äußerster Disziplin erwartet. Auch beim schärfsten Wettkampf bleibt man Arbeitersportler, und beschämt damit die Bürgerlichen.

Blick den Breslauer Werner in 1,05,5 Minuten. Werner benötigte für dieselbe Strecke 1,07,5 Minuten. Im Seitenschwimmen gewann Faulde-Breslau in der guten Zeit von 1,17,5 Minuten. Das 100 Meter Frauen-Rückenschwimmen sah Blasse-Breslau in 1,39 Minuten als Sieger. 100 Meter-Crawl-Schwimmen für Jugend: 1. Fabian-Breslau 1,13,8 Minuten. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf das Wasserballspiel Breslau—Prag. Breslau konnte den Kampf in der 1. Halbzeit völlig überlegen führen und lag zum Wechsel 7:3 in Führung. Nach der Pause holt Prag mächtig auf, kann aber einen 7:8 Sieg der Breslauer nicht verhindern. Ein 20iger Figurenliegen der Frauen wurde sehr gut geschwommen und fand viel Beifall. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg für den Arbeiterschwimmsport.

Leipziger Fußballmeister!

Südwest—Großschocher 3:1 (0:1)

Von Anfang an entwickelte sich sofort ein flottes Spiel, daß die etwa 4000 Zuschauer stets in Spannung hielt. In der ersten Halbzeit ist Großschocher etwas überlegen, doch kann zunächst kein Erfolg erzielt werden, da die Verteidigung Südwests wiederholt rettend eingreift. Dagegen bringt Südwest durch schnelle Flügelangriffe, das Tor von Großschocher wiederholt in Gefahr, in dessen kann Großschochers guter Torwart manche kritische Situation klären. Eine Minute vor Halbzeit macht Südwest rechter Verteidiger Hand, dies übersieht der Schiedsrichter, der Ball prallt zu Großschochers Mittelstürmer und dieser sendet unhaltbar ein. Die ersten 15 Minuten der zweiten Halbzeit sind ausgeglichen, dann legt Südwest los. Angriff auf Angriff rollt auf Großschochers Tor. Südwests Halblinker köpft einen Eckball zum Ausgleich ein. Ein gut eingeleiteter Angriff Südwests führt in der 33. Minute der zweiten Halbzeit zum zweiten Tor. Großschocher kommt nun zu Durchbrüchen, die aber nichts einbringen. In der 38. Minute der zweiten Halbzeit verwandelt Südwests Halblinker noch einen Eckball zum dritten Erfolg. Bei diesem Ergebnis bleibt es bis zum Schluß des abwechslungsreichen Spiels. Der Schiedsrichter war etwas zu korrekt.

Weitere Sportergebnisse vom Sonntag in der nächsten Nummer.

Kleine Nachrichten

Eine gefährliche Einbrecherbande verhaftet

Düsseldorf, 14. November.

Nach umfassenden Fahndungsmaßnahmen der Düsseldorfer Polizei wurden in Köln mehrere Personen verhaftet, die einer gefährlichen Einbrecherbande angehören. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt, allein in Düsseldorf sieben Einbruchsdiebstähle begangen zu haben. Außerdem haben sie in Wermelskirchen, Rheydt, Euskirchen, Lennep, Elberfeld und Honnef Einbruchsdiebstähle verübt. Man vermutet, daß ihnen zahlreiche weitere Einbruchsdiebstähle zur Last zu legen sind.

Die Einbrecher benutzten für ihre Diebeszüge stets Personenkraftwagen, die sie stahlen und hernach herrenlos stehen ließen. Sie gingen mit unerhörter Rücksichtslosigkeit vor und schossen auf jeden, der sich ihnen in den Weg stellte. So hat einer der festgenommenen Räuber bei Hagen einen Schutzpolizisten erschossen, der die Einbrecher auf frischer Tat überraschte. In Herchen bei Siegen hatten die Einbrecher ein altes Ehepaar überfallen und schwer verletzt. In einem andern Falle schossen sie einen Passanten nieder, der sie am Diebstahl eines Kraftwagens hatte verhindern wollen.

Ein neuer Plan Piccards

(Eigene Meldung der „SAZ“)

H. Professor Piccard, der erfolgreiche Stratosphärenflieger, plant einen neuen Ballonaufstieg, der im kommenden Frühjahr auf dem Gelände der Augsburgs Ballonfabrik stattfinden soll. Professor Piccard wird an dem Fluge nicht teilnehmen, sondern ihn nur überwachen. An seiner Stelle werden zwei junge Belgier in der Gondel sein. Es soll eine Höhe von 16 500 Meter erreicht werden. Auch dieser Flug soll im Dienste der Wissenschaft stehen.

Wieder ein Domela

Die Wiener Polizei verhaftete einen schweizer Staatsangehörigen namens Anton Schweizer, der sich hier als Sohn eines Erzherzogs und Enkel Kaiser Franz Josefs ausgegeben und in dieser Rolle verschiedene Betrügereien begangen hatte. Er verkehrte längere Zeit in monarchistischen Kreisen, in denen er sogar Vorträge über Legitimusismus und Adel in Amerika gehalten hat. Sein schwindelhaftes Auftreten wurde Schweizer Anfangs dadurch erleichtert, daß er, der seinerzeit nach Amerika ausgewandert war, dort beim Uebertritt vom Protestantismus zum Katholizismus auf Grund gefälschter Dokumente einen Taufschein auf den Namen Prinz von Gradisca, Herzog von Verdun, Sohn eines Erzherzogs Ladislaus von Oesterreich aus dessen Ehe mit einer Prinzessin Maria Luise von Bourbon, erhalten hatte.

Blau-Weiß Bezirksmeister!

Einigkeit 5:0 geschlagen — Blau-Weiß siegt durch größeren Kampfesifer — 2000 Zuschauer

Breslaus Meisterschaft ist entschieden! Alle Energie und aller Siegeswille wurde aufgeboten, um zum Meister zu kommen. Das wichtigste Moment aber, welches alle Spieler beherrschte, war und ist der Gedanke, auf dem grünen Rasen für die Idee des Arbeitersportes zu werben und dadurch dem Arbeitersport und damit dem Sozialismus neue Anhänger und Mitkämpfer zu gewinnen. Von jeher galt der Titel des Bezirksmeisters als der Erstrebenswerteste. Ist doch diese Mannschaft berechtigt, den Breslauer Bezirk in den Spielen um die schlesische Kreismeisterschaft zu vertreten. Blau-Weiß heißt der Meister für das Jahr 1931/32. Bewundernswert die Energie, mit der Blauweiß die letzten Saisonspiele, und nachdem die Gruppenmeisterschaft errungen war, die Bezirksmeisterschaftsspiele durchführte.

Mit Blauweiß ist eine der jüngeren Mannschaften des Breslauer Bezirks zum erstenmal Meister geworden. Schon im Vorjahre fiel Blauweiß durch eine ununterbrochene Siegesserie angenehm auf, so daß sie sich den Meistertitel der II. Klasse sicher eroberten. Ihr Aufstieg in die I. Klasse war damit gewährleistet und die Erfolge des letzten Jahres beweisen, daß Blauweiß tatsächlich eine Mannschaft von gutem Können ist. Aber nicht nur in Breslau besitzt Blauweiß diesen Ruf, sondern auch in der Provinz ist der neue Meister aufs Beste bekannt.

Nach einer achtägigen Ruhepause wird Blauweiß in die Ereignisse um Schlesiens Meisterschaft eingreifen müssen. Als ersten Gegner haben sie den Meister des 8. Bezirks vor sich, der in Persia-Grünbert ermittelt wurde. Mit dieser Mannschaft wurde ein neuer, alter Meister ermittelt. Man schätzt in eingeweihten Kreisen Blauweiß als die stärkere und bessere Mannschaft ein.

Wie Blauweiß Meister wurde.

Düsteres Wetter, rieselnder Regen und über 2000 auf dem Spartaplatz, das war der äußere Rahmen zum Endspiel. Lebhaft diskutierten die 2000 die Aussichten der Mannschaften. Dabei war interessant zu beobachten, daß anfangs die Sympathien der Zuschauer auf seiten Einigkeits standen. Als aber Blauweiß in ihren Angriffen immer gefährlicher wurde, als sich die Einigkeitsstürmer trotz größter Bemühungen absolut nicht finden wollten, wechselten die Sympathien zu Blauweiß. Der Ansturm der Blauweißen endet an der Hintermannschaft Einigkeits. Minuten später ist der erste Strafstoß für Einigkeit fällig. Trotz des glitschigen Bodens ist das Tempo des Spieles äußerst schnell. Nachdem Einigkeit kurz hintereinander mehrere Ecken verschossen hat, kommt der Mittelstürmer Einigkeits plötzlich zum Schuß. Scharf fegt der Ball am Pfosten vorbei. Dann drängt wieder Blauweiß. Ein Strafstoß für Blauweiß vom Rechtsaußen sehr gut vor das Tor gegeben, wird durch Kopfball des Linksaußen zum 1:0 verwandelt. Verdutzt steht Einigkeit diesem Erfolg des Gegners gegenüber. Und Blauweiß nützt diese Schwäche aus. Zwei Minuten später vom Rechtsaußen eine gute Flanke vor Tor, der Linksaußen ist zur Stelle, zum zweiten Male zappelt das Leder im Netz. Nun dreht Einigkeit auf. Aber alles muß mißglücken, da im Sturm keinerlei Verständnis vorhanden ist. Der Innensturm spielt viel zu engmaschig, während die Außenstürmer nie auf ihrem Posten sind.

Dadurch kann Blauweiß immer wieder abwehren und leitet selbst gefährliche Durchbrüche ein. Fast mit dem Halbeiterpfiff ist es wiederum der Linksaußen von Blauweiß, der eine Bombe aufs Tor setzt, die vom rechten Verteidiger Einigkeits so abgewehrt wird, daß der Ball im eigenen Tor landet. Nach dem Wechsel drängt Einigkeit sehr stark. Nun muß die Blauweiß-Verteidigung zeigen, daß sie auch schweren Angriffen gewachsen ist. Drei Ecken werden errungen, nichts gelingt. Offenes Feldspiel mit wechselseitigen Angriffen wird gezeigt, ohne daß aber eine Mannschaft noch überragende Leistungen zustande bringt. 20 Minuten vor Schluß setzt Blauweiß plötzlich einen Zwischenspur ein. Wieder ist es der Rechtsaußen, der seinen Sturm nach vorn reißt. Zunächst gelingt aber nichts. Blauweiß verlegt sich nun in den folgenden Minuten auf ein weit auseinander gezogenes Spiel. Besonders werden dabei die Außenstürmer bevorzugt. Der Rechtsaußen ist es, der aus vollem Lauf vors Tor flankt und wieder zeichnet der Linksaußen für den vierten Erfolg verantwortlich. Immer noch kämpft Einigkeit verzweifelt um Verbesserung des Resultates. Blauweiß im Bewußtsein des sicheren Sieges läßt ziemlich nach. Der heute in ganz vorzüglicher Form spielende Linksaußen bringt einen direkten Torschuß an und zum 5. Male ist Scheibel im Einigkeit-Tore überwand. Wenn auch das Torresultat verhältnismäßig hoch erscheint, so hat Blauweiß doch auf Grund der besseren Gesamtleistung den Sieg verdient. Die beste Leistung vollbrachte ohne Zweifel der Schiedsrichter, der durch seine sicheren ruhigen Entscheidungen angenehm auffiel. Allerdings wurde ihm sein amtieren durch beide Mannschaften erheblich erleichtert.

Handball in Breslau

5. Abt.—Sil. Kick. 3:2 (2:2)

Das interessanteste Spiel des Sonntags war wohl obiges Treffen auf der Brückenaue. Beide Mannschaften legten gleich zu Anfang ein flottes Tempo vor. Jede versuchte, mit aller Macht den Sieg an sich zu reißen. Schon in den ersten Minuten gelingt es den Vereinigten durch Halblinks die Führung zu übernehmen. Doch wenige Minuten später gleicht 5. Abt. aus. Nach einem kurzen Mittelfeldspiel gelingt es der 5. Abt., abermals die Führung zu übernehmen. Doch kurz vor Halbzeit können sie nicht verhindern, daß der Linksaußen der Vereinigten nochmals den Ausgleich erzwingt. Nach der Pause versuchen beide Mannschaften einen Sieg zu erreichen. Nach großer Anstrengung kann die 5. Abt. zehn Minuten vor Schluß durch ihren Mittelstürmer das siegbringende Tor schießen und damit ihre erste Niederlage korrigieren. Die schlechten Bodenverhältnisse hinderten die Stürmer bei guten Torgelegenheiten. Die zweiten Mannschaften derselben Vereine trennten sich 2:2.

Internationales Schwimmfest in Breslau.

Vor beinahe 1000 Zuschauern fand im Breslauer Hallenschwimmbad das Schwimmfest der Freien Schwimmer Breslau statt. Internationale Gäste waren aus Prag mit einer Mannschaft erschienen. Sie waren den Breslauer Schwimmern ein ebenbürtiger Gegner. In der 6x50 m Eröffnungs-Crawl-Staffette wurde Breslau Erster in 3,08,9 Minuten. Zweiter wurde Prag in 3,15,5 Minuten. Im 100 Meter-Crawl-Schwimmen schlug der Prager